

Jahresbericht 2011

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Die DEZA ist die Agentur für internationale Zusammenarbeit des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Ihre Aktivitäten umfassen folgende Bereiche:

Die **Regionale Zusammenarbeit** unterstützt in Schwerpunktländern in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie in ausgewählten Konfliktländern und -regionen die eigenen Anstrengungen von Organisationen und Menschen, Armuts- und Entwicklungsprobleme zu bewältigen. Die regionalen Entwicklungsbanken sind wichtige Partner.

Im Rahmen der **Globalen Zusammenarbeit** wirkt die Schweiz mit inhaltlichen und finanziellen Beiträgen in UNO-Organisationen, internationalen Finanzierungsinstitutionen (Weltbank, Regionalbanken) und in globalen Netzwerken mit. Die DEZA leistet mit den Globalprogrammen einen Beitrag zur Bewältigung globaler Risiken wie Klimawandel, Ernährungsunsicherheit, Wasserknappheit und Migration, welche die Entwicklungsperspektiven armer Länder stark beeinflussen.

Die **Humanitäre Hilfe** des Bundes mit dem Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH) rettet Leben und lindert Leiden durch Nothilfe und

Wiederaufbau nach Naturkatastrophen und in Konfliktgebieten. Sie unterstützt Präventionsmassnahmen und setzt sich insbesondere für die Opfer von Krisen und Konflikten ein.

Die Zusammenarbeit mit Osteuropa und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) unterstützt politische und wirtschaftliche Reformprozesse im Westbalkan, in der Kaukasusregion sowie in Zentralasien und setzt den Erweiterungsbeitrag an die neuen EU-Mitgliedstaaten um.

Die DEZA beschäftigt im In- und Ausland rund 1500 Personen, einschliesslich der Lokalangestellten. Die eingesetzten Mittel betragen 2011 1,7 Milliarden Franken. Die DEZA wird von Direktor Martin Dahinden geleitet.

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

Der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO konzipiert wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen mit ausgewählten fortgeschrittenen Entwicklungs- und Transitionsländern sowie den neuen Mitgliedstaaten der EU (Erweiterungsbeitrag) und setzt diese um. Das SECO ist Teil des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD).

Die Hauptziele des SECO sind die Einbindung der Partnerländer in die Weltwirtschaft und die Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zur Verminderung der Armut. Es ist zuständig für die Koordination der Beziehungen der Schweiz zur Weltbankgruppe und zu den regionalen Entwicklungsbanken.

Die Prioritäten liegen auf der Förderung stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Diversifizierung des Handels, der Mobilisierung von in- und ausländischen Investitionen sowie der Verbesserung der Basisinfrastruktur.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Energie-, Umwelt- und Klimafragen sowie auf der wirtschaftlichen Gouvernanz. Das SECO wird von Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch geleitet. Der Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO beschäftigt siebzig Personen und investierte 2011 rund 268 Millionen Franken. Geleitet wird der Bereich von Botschafterin Beatrice Maser Mallor. |

Entwicklungspolitisches Umfeld	4
Schwerpunktländer und -regionen von DEZA und SECO 2011	6
Bilaterale Zusammenarbeit und Humanitäre Hilfe – Resultate 2011	9
– Subsahara-Afrika	11
– Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten	17
– Asien	21
– Lateinamerika	25
– Osteuropa und GUS	31
Multilaterale Zusammenarbeit – Resultate 2011	35
Globale Herausforderungen – Resultate 2011	38
– Klimawandel	38
– Ernährungssicherheit	39
– Migration	39
– Wasser	39
– Wirtschaftliche Gouvernanz	40
Partnerschaften und Organisationsaspekte	42
Beilage: Statistik 2011	43

Mehr Demokratie, bessere wirtschaftliche Chancen und ausgleichende Gerechtigkeit: Für diese Werte sind in den arabischen Ländern seit 2011 Millionen Menschen auf die Strasse gegangen. Doch der politische, wirtschaftliche und soziale Neuanfang ist steinig. Das gilt nicht nur für Ägypten, Tunesien oder Libyen, sondern auch für zahlreiche fragile oder von Konflikten betroffene Staaten wie Haiti oder Afghanistan.

Zwischen Stabilität und Instabilität liegt oftmals ein schmaler Grat. Und so stellen Länder im Umbruch und fragile Staaten die internationale Zusammenarbeit vor besondere Herausforderungen. Die Humanitäre Hilfe strebt einen raschen Wechsel von der Nothilfe zur Entwicklungszusammenarbeit an. Benötigt werden Arbeitsplätze, soziale Dienstleistungen, Sicherheit, eine funktionierende Rechtsordnung und staatliche Institutionen, welche all dies gewährleisten können. Hierzu braucht es freilich ein Fundament.

Im März 2011 hat der Bundesrat als Reaktion auf die Umwälzungen in Nordafrika entschieden, das Engagement in der Region mittelfristig auszubauen. Die Unterstützung umfasst die Bereiche Übergang zur Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Migration sowie Schutz für Bedürftige.

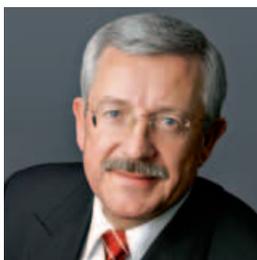
Auch in einer sich ständig wandelnden Welt gibt es Entwicklungsfortschritte: Das zeigt der vorliegende Jahresbericht über die Internationale Zusammenarbeit der Schweiz. Im Frühjahr 2011 hat das Parlament beschlossen, die Mittel der öffentlichen Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,5% des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Die DEZA und das SECO haben daraufhin ihr Engagement in den Bereichen Klima und Wasser erheblich verstärken können.

Klimawandel, Ernährungsunsicherheit, Wasserknappheit, mangelnde Gesundheitsversorgung, Migration sowie wirtschaftliche und finanzielle Instabilität: Dies sind die globalen Herausforderungen, welchen sich die Internationale Zusammenarbeit der Schweiz in Zukunft entgegenstellen wird. Sie entscheiden über das Schicksal armer Menschen.

Im Februar 2012 hat der Bundesrat die Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016 dem Parlament unterbreitet. Das erste Mal werden die DEZA und das SECO nach einer gemeinsamen Strategie handeln, welche sämtliche Handlungsfelder abdeckt: Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Ostzusammenarbeit werden den gleichen politischen Vorgaben und Leitlinien folgen. Das ist ein historischer Schritt.

Die Armutsreduktion bleibt dabei weiterhin oberstes Ziel. In den kommenden Jahren wird sich die Schweiz nebst den globalen Herausforderungen verstärkt auf die Verbesserung der Lebensumstände in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten konzentrieren. Denn Menschen in diesen Kontexten sind besonders auf unsere Unterstützung angewiesen.

Martin Dahinden
Direktor DEZA



Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch
Staatssekretärin, Direktorin SECO



Entwicklungs- politisches Umfeld

Instabile Staaten und Konflikte sowie globale Umweltrisiken beeinflussen in vielen Weltregionen die Armutsbekämpfung. Die Debatte über die Herausforderungen der globalen nachhaltigen Entwicklung sowie der «grünen Wirtschaft» gewinnt an Dynamik.

Elfenbeinküste, Afghanistan, Nepal: In über einem Dutzend Entwicklungsländern blockieren Gewaltkonflikte, fragile Staatlichkeit, Krisen und Katastrophen die Entwicklung. Unsicherheit und Rechtlosigkeit prägen oft ganze Regionen. In der Sahelzone geraten durch Drogen-, Waffen- und Menschenhandel sowie Terrorakte ganze Landstriche ausser staatlicher Kontrolle.

Armut, Unsicherheit und Gewalt machen die Menschen in fragilen Kontexten doppelt verletzlich. Sie sind folglich besonders auf Unterstützung angewiesen. Nur durch die Stabilisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft können Flüchtlingsströme eingeschränkt, Menschenleben geschützt und die Grundlagen für

wirtschaftliche und soziale Entwicklung gelegt werden. Sicherheits-, Entwicklungs- und Ressourcenpolitik müssen dabei sorgfältig zusammenwirken. In den kommenden Jahren wird sich die internationale Zusammenarbeit der Schweiz vermehrt in fragilen Kontexten engagieren.

Aufbruch in den arabischen Ländern

Der Aufbruch in zahlreichen arabischen Ländern ist eine historische Zäsur mit weitreichenden politischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Folgen. Die Menschen erhoffen sich ein besseres Leben, eine stärkere Achtung der Menschenrechte, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit. Der

Der Aufbruch in zahlreichen arabischen Ländern ist eine historische Zäsur mit weitreichenden politischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Folgen.

demokratische Transformationsprozess ist indessen mit Risiken und Ungewissheit verbunden. Besonders viele Opfer forderte der Krieg in Libyen und die Niederschlagung der Proteste in Syrien. Der Aufbau neuer politischer Systeme wird nicht ohne Rückschläge erfolgen. Gefahr droht insbesondere durch eine politisch-religiöse Polarisierung und den Rückfall in alte Machtstrukturen. Damit sich die Gesellschaften

in den arabischen Ländern eine stabilere Zukunft erarbeiten können, benötigen sie bessere wirtschaftliche Perspektiven. Die Schaffung von Arbeitsplätzen für die mehrheitlich junge Bevölkerung hat höchste Priorität.

Im März 2011 hat der Bundesrat beschlossen, den Transitionsprozess mit Massnahmen in den Bereichen humanitäre Hilfe, Strukturreform, Wirtschaftsentwicklung, Armutsbekämpfung und Migration zu unterstützen. Die DEZA setzt für ihre Programme 2011 und 2012 jährlich rund 20 Millionen Franken ein. Das SECO plant Ausgaben von bis zu 50 Millionen Franken für dieselbe Zeitspanne.

Wachsende Ungleichheiten

Trotz vieler Fortschritte in der Armutsbekämpfung bleiben die Ungleichheiten zwischen Arm und Reich eine Herausforderung, sowohl innerhalb als auch zwischen den Ländern: Das reichste Prozent der Weltbevölkerung vereint 14% des globalen Einkommens, während auf die ärmsten 20% der Bevölkerung nur rund 1% des Welteinkommens entfällt. Wenn Wachstumsgewinne hauptsächlich von den Eliten abgeschöpft werden, bleibt der Rückgang der Armut hinter den vom Wachstum gegebenen Möglichkeiten zurück. Noch immer leben zwei Drittel der Menschen mit einem Einkommen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag in Schwellenländern.

Die Diskussionen rund um ein Nachfolgemodell für die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) für die Zeit nach 2015 haben begonnen. Neue Herausforderungen rücken in den Vordergrund: Der Klimawandel, Verschiebungen im globalen Finanzsystem und instabile Länder haben einen wachsenden Einfluss auf die Entwicklung. Ein MDG-Nachfolgemodell muss diese Herausforderungen berücksichtigen. Die Schweiz beteiligt sich aktiv an den Vorbereitungsarbeiten.

Neue Partnerschaften mit Schwellenländern

Ungeachtet ihrer eigenen Armutprobleme markieren die Schwellenländer – darunter China, Indien, Brasilien und Südafrika – zunehmend Präsenz in den Entwicklungsländern, namentlich in Afrika. Sie kaufen Rohstoffe, beliefern die Märkte mit günstigen Konsumgütern und führen Entwicklungsprogramme durch, die bislang noch wenig mit der OECD koordiniert sind. Die Schwellenländer investieren jedoch nicht nur Geld, sondern setzen auch neue Ziele in den Partnerländern. 2011 haben sie mehr als drei Viertel zum weltwirtschaftlichen Wachstum beigetragen. Der Aufkauf grosser Landreserven und die mangelnde Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards werden kritisch beobachtet. Im Aussenpolitischen Bericht 2010 hat der Bundesrat aufgezeigt, wie Schwellenländer die Dynamik in den jeweiligen Regionen prägen und zu einflussreichen globalen Akteuren werden. Auch private Stiftungen wie die Gates Foundation

engagieren sich in Entwicklungsländern mit ebenfalls neuen Arbeitsformen und Zielsetzungen.

Das «4. High Level Forum on Aid Effectiveness» in Südkorea hat Ende 2011 eine Partnerschaft zwischen den OECD-Ländern und neuen Gebern etabliert und Prinzipien für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit – auf freiwilliger Basis – festlegt.

Globale Herausforderungen angehen

Der heutige Ressourcen- und Energieverbrauch überschreitet die Regenerationsfähigkeit der Erde. Die Wasserknappheit nimmt zu und mit ihr die Zahl der Konflikte um die Wasserverteilung. Der Klimawandel und fragile Ökosysteme engen die ärmsten Länder in ihren Entwicklungsmöglichkeiten ein. Klimabedingte Ernteaufschläge, gewaltsame Konflikte und starke Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln bringen den Hunger zurück – 2011 traf es die Menschen am Horn von Afrika mit besonderer Härte. Diese globalen Herausforderungen erfordern eine beschleunigte internationale Zusammenarbeit.

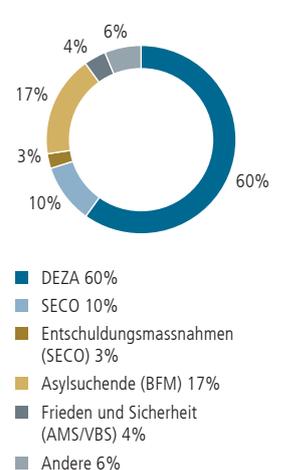
Das grenzüberschreitende Management globaler Risiken kommt jedoch nur langsam voran. In Durban haben Vertreter von knapp 200 Staaten über ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll verhandelt und sich auf einen Kompromiss geeinigt: Bis 2015 soll ein Weltklimavertrag erarbeitet werden, dessen verbindliche Ziele erstmals auch Länder wie die USA und China mittragen wollen. Die Konfliktlinie in den Verhandlungen verläuft dabei immer mehr zwischen langfristigen und kurzfristigen Interessen und weniger zwischen Nord und Süd.

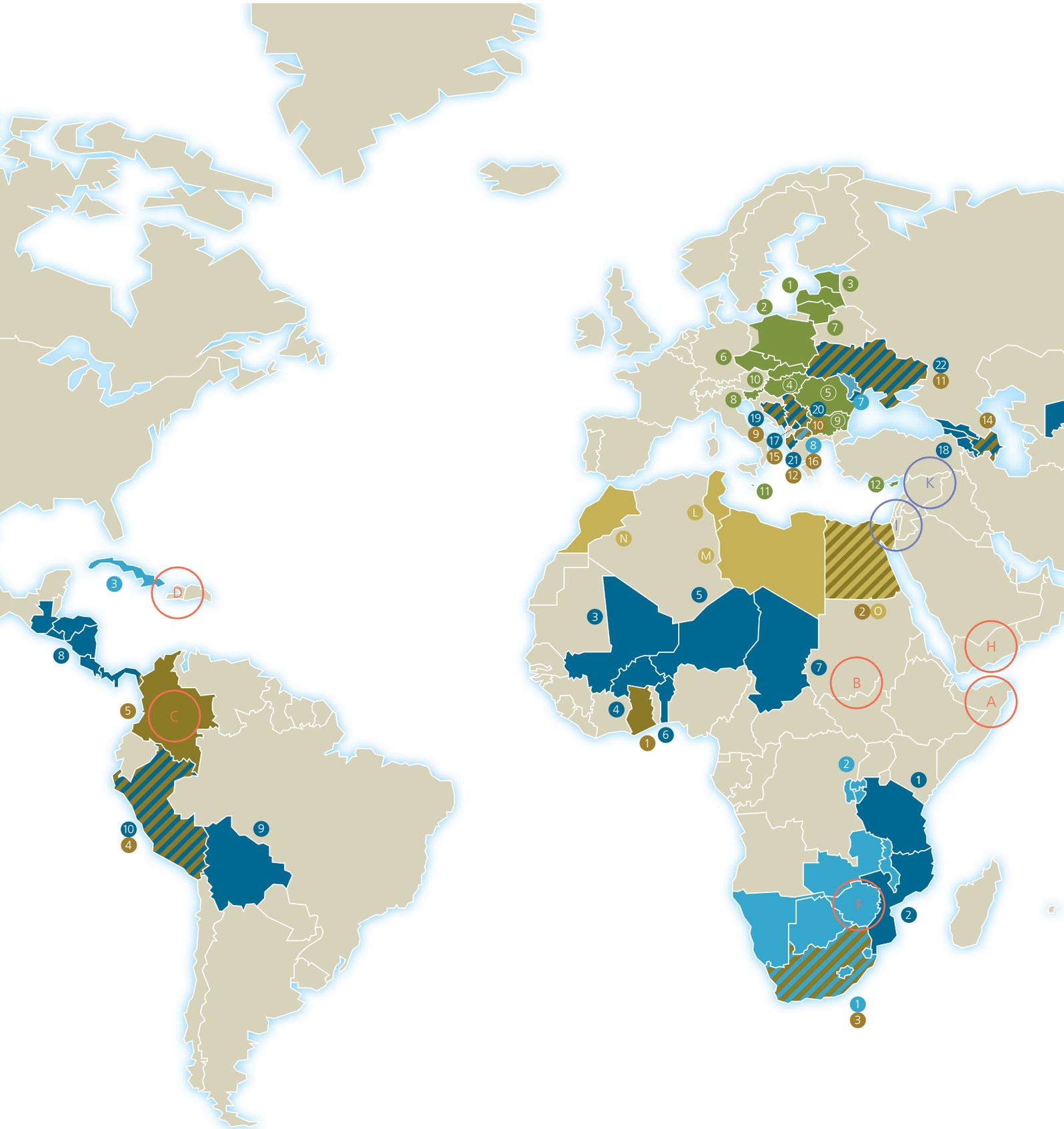
Klimaverträgliche Entwicklung

Die atomare Katastrophe in Japan hat dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der dafür erforderlichen Infrastruktur Auftrieb gegeben. Eine globale klimaverträgliche Entwicklung ist möglich, wenn für den wachsenden Energiebedarf in den Entwicklungs- und Schwellenländern rechtzeitig nachhaltige Lösungen gefunden werden.

Das Konzept der «grünen Wirtschaft» hat 2011 stark an Bedeutung gewonnen. Umweltinnovationen sollen zu einer Senkung des Schadstoff-Ausstosses führen, und globale Güter sollen besser geschützt werden. Die Rio+20-Konferenz im Jahr 2012 in Rio de Janeiro bietet eine besondere Gelegenheit, die internationale Entwicklungs- und Umweltpolitik auf innovative Massnahmen auszurichten, die dem engen Zusammenhang von Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung gebührend Rechnung tragen. |

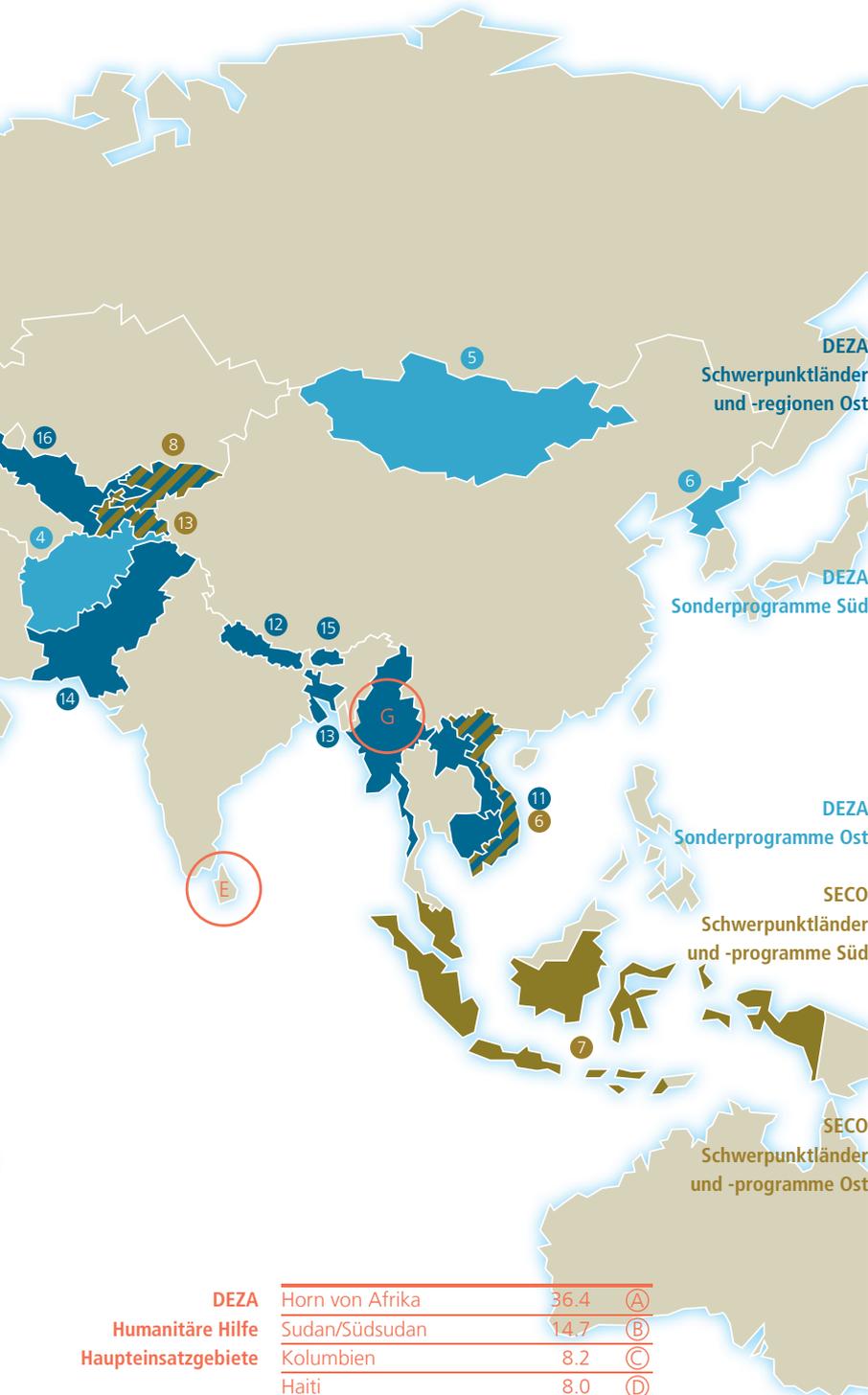
Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2011





Schwerpunktländer und -regionen von DEZA und SECO 2011

Mio. CHF



DEZA
Schwerpunktländer
und -regionen Süd

Afrika	Tansania	20.9	1
	Mosambik	19.7	2
	Mali	18.1	3
	Burkina Faso	14.4	4
	Niger	13.9	5
	Benin	8.5	6
	Tschad	8.2	7
Lateinamerika	Nicaragua/Zentralamerika	33.2	8
	Bolivien	22.3	9
	Peru	8.4	10
Asien	Vietnam/Mekong	35.2	11
	Nepal	29.7	12
	Bangladesch	24.7	13
	Pakistan	9.2	14
	Bhutan	3.1	15
	Zentralasien	25.0	16
	Kosovo	10.2	17
	Südkaucasus	9.0	18
	Bosnien und Herzegowina	8.5	19
	Serbien	8.0	20
	Albanien	7.3	21
	Ukraine	5.4	22

DEZA
Sonderprogramme Süd

Afrika	Südafrika/Südliches Afrika	24.5	1
	Ruanda/Grosse Seen	21.0	2
Lateinamerika	Kuba	3.2	3
Asien	Afghanistan/Hindukusch	17.0	4
	Mongolei	13.3	5
	Nordkorea*	2.8	6

*bis Ende 2011

DEZA
Sonderprogramme Ost

	Republik Moldau	7.3	7
	Mazedonien	6.0	8

SECO
Schwerpunktländer
und -programme Süd

Afrika	Ghana	14.3	1
	Ägypten	6.3	2
	Südafrika	2.3	3
Lateinamerika	Peru	7.5	4
	Kolumbien	4.0	5
Asien	Vietnam	10.7	6
	Indonesien	10.4	7

SECO
Schwerpunktländer
und -programme Ost

	Kirgisistan	10.2	8
	Bosnien und Herzegowina	8.3	9
	Serbien	4.7	10
	Ukraine	4.4	11
	Albanien	3.3	12
	Tadschikistan	3.3	13
	Aserbaidschan	3.2	14
	Kosovo	1.6	15
	Mazedonien	0.4	16

DEZA/SECO
Neue Mitgliedstaaten
der EU

	Lettland	18.0	1
	Polen	11.0	2
	Estland	4.5	3
	Ungarn	2.4	4
	Rumänien	2.3	5
	Tschechien	2.0	6
	Litauen	1.3	7
	Slowenien	1.0	8
	Bulgarien	0.6	9
	Slowakei	0.5	10
	Malta	0.3	11
	Zypern	0.0	12

DEZA
Humanitäre Hilfe
Haupteinsatzgebiete

Horn von Afrika	36.4	A
Sudan/Südsudan	14.7	B
Kolumbien	8.2	C
Haiti	8.0	D
Sri Lanka	7.9	E
Simbabwe	6.2	F
Myanmar	5.8	G
Jemen	5.5	H

DEZA
Naher und Mittlerer Osten

Gaza und West Bank	21.1	I
Syrien, Libanon, Jordanien, Irak	16.2	K

DEZA
Nordafrika

Tunesien	7.6	L
Libyen	4.1	M
Marokko	3.6	N
Ägypten	3.2	O



Ein Sturm bewegt sich auf eine Fischfarm am Mekong-Fluss in Laos zu. Das Leben von 60 Millionen Menschen am Unterlauf des Mekong ist eng mit dem Fluss verbunden. Bereits gebaute Staudamm-Kraftwerke in China und geplante Dämme in Laos bedrohen die Ökosysteme des Flusses und damit die Lebensgrundlage der Menschen.

Auch im Jahr 2011 eröffneten die DEZA und das SECO Menschen in Afrika, Asien, Lateinamerika, aber auch in Osteuropa und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten neue Lebensperspektiven. Neben die Armutsbekämpfung ist in den letzten Jahren immer stärker die Bewältigung globaler Herausforderungen getreten: Der Klimawandel, die zunehmende Wasserknappheit oder die schleichende Umweltzerstörung gefährden die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen.

Entwicklung muss nicht nur lokal, sondern auch global stattfinden: mit Hilfe entscheidungsfähiger Organisationen und Verhandlungsmechanismen auf multilateraler Ebene. Internationale Zusammenarbeit ist mehr als ein Akt der Solidarität: Sie ist Ausdruck der Erkenntnis, dass das Wohlergehen der Menschen

Entwicklungsresultate

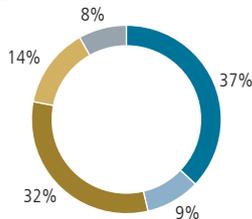
Entwicklung braucht Zeit. Sie erfordert Veränderungen im Denken und Handeln, innovative Partnerschaften und Ausdauer. Doch am Ende stehen handfeste Resultate: Familien erhalten Zugang zu Wasser; Kinder gehen in die Schule; Unternehmen werden wettbewerbsfähig; Länder finden Anschluss an den internationalen Markt.

im Norden, Süden, Osten und Westen sich mehr denn je gegenseitig bedingt.

Das Jahr 2011 hat die Humanitäre Hilfe vor grosse Herausforderungen gestellt. Der Tsunami und die anschliessende Nuklearkatastrophe in Japan sind ein Beispiel dafür, wie sich Krisenereignisse überlappen und gegenseitig verstärken können. Die schwere Hungersnot am Horn von Afrika erinnert uns daran, dass die Ernährungssicherheit in den nationalen und internationalen Politikagenden einen wichtigeren Platz einnehmen muss.

Was die internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2011 konkret erreicht hat, erfahren Sie auf den folgenden Seiten anhand von Beispielen und persönlichen Geschichten. |

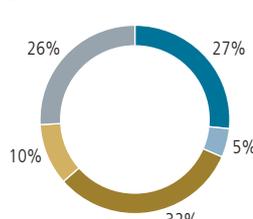
**DEZA bilateral
geografische Aufteilung
2011¹**



- Subsahara-Afrika
- Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten
- Asien
- Lateinamerika
- Osteuropa und die GUS

¹ Exkl. geografisch nicht zuteilbare Beiträge und EU-Erweiterungsbeitrag

**SECO bilateral
geografische Aufteilung
2011¹**



- Subsahara-Afrika
- Nordafrika
- Asien
- Lateinamerika
- Osteuropa und die GUS

¹ Exkl. geografisch nicht zuteilbare Beiträge und EU-Erweiterungsbeitrag



Hunderte von Tonnen ausgemusterter Computer und anderer elektronischer Geräte aus den Industrieländern enden Monat für Monat in Agbogbloshie (Accra, Ghana). Wiederverwendbare Teile werden herausgelöst und weiterverkauft. Für wenig Geld setzen sich die Arbeiter hochgiftigen Dämpfen aus.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die politischen Umwälzungen in Nordafrika haben das Wirtschaftswachstum in Subsahara-Afrika 2011 auf 3,6% abgeschwächt. Für 2012 wird ein Wachstum von 6% erwartet. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen hat insgesamt zugenommen. Die Länder der Region haben sich stärker für den internationalen Handel geöffnet. Da jedoch vorrangig Rohstoffe exportiert und verarbeitete Güter importiert werden, bleiben die wirtschaftliche Diversifikation und die Schaffung von Arbeitsplätzen ungenügend. Die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut, wobei diese – wie der Reichtum – sehr ungleich verteilt ist. Besonders ausgeprägt ist die Armut in ländlichen Regionen, durch die rasch zunehmende Urbanisierung leben heute aber auch über 50% der städtischen Bevölkerung unter

Subsahara-Afrika

Damit die Wirtschaft Subsahara-Afrikas stärker vom internationalen Handel profitieren kann, muss sie sich diversifizieren. Bildung und bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind Voraussetzungen hierzu. Am Horn von Afrika ereignete sich eine humanitäre Katastrophe. 13 Millionen Menschen waren auf Nothilfe angewiesen.

äußerst prekären Umständen. Als Antwort auf mehrfache Krisen hat die Afrikanische Entwicklungsbank ihre Kreditvergabe und ihre technische Unterstützung bedeutend ausgebaut.

Die Länder in Subsahara-Afrika werden die Millenniumsentwicklungsziele nicht erreichen, obwohl gewisse Fortschritte erzielt wurden. Die besten Ergebnisse weist die Grundschulbildung mit ihren hohen Einschulungsraten auf. Diese Verbesserung mag aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Qualität der Schulbildung oft ungenügend ist. Auch im Gesundheitsbereich gibt es eindruckliche Resultate, insbesondere bei der

In Niger und Burkina Faso hat die Einführung von einfachen Bewässerungssystemen zu einer 30-prozentigen Steigerung der Erträge geführt.

Malariabekämpfung. Im Vergleich dazu liegt jedoch die Mütter- und Kindersterblichkeit nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Zudem hat nur 60% der Bevölkerung der Region Zugang zu Trinkwasser, und weniger als die Hälfte verfügt über eine sanitäre Grundversorgung.

Die Länder am Horn von Afrika waren 2011 von einer schweren Dürre und Hungersnot betroffen. In der nördlichen Sahelzone hat sich die Unsicherheit,

die auf den Drogen- und Waffenhandel sowie auf terroristische Aktivitäten zurückzuführen ist, weiter verstärkt. Positiv zu werten sind die im Juli 2011 erreichte Unabhängigkeit des Südsudans und die Normalisierung der Lage in Niger.

Ländliche Entwicklung

Die internationalen Nahrungsmittelpreise haben 2011 einen neuen Höchstwert erreicht. In Subsahara-Afrika gerieten dadurch 45 Millionen Menschen zusätzlich in Armut. Für den Kauf von Nahrungsmitteln müssen viele Familien 50% oder mehr ihres Haushaltsbudgets aufwenden. Schuld an dieser Situation ist nicht zuletzt das in den letzten Jahren stark zurückgegangene Interesse der Regierungen und der internationalen Organisationen für die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Nur wenige Länder in Subsahara-Afrika investieren mehr als 4% der verfügbaren staatlichen Mittel in die Landwirtschaft. Während 1980 noch 16% der öffentlichen Entwicklungshilfe in die Landwirtschaft flossen, lag dieser Wert 2007 nur noch bei 5%. Erst seit kurzem findet bei den betroffenen Regierungen und den internationalen Organisationen ein Umdenken statt. Es werden wieder vermehrt landwirtschaftliche Investitionen getätigt.

Die Schweiz konzentriert sich im Bereich der ländlichen Entwicklung unter anderem auf Agrarkredite, verbessertes Saatgut, die Minderung von Ernteverlusten sowie Bewässerungstechniken. In Niger und Burkina Faso hat die Einführung von einfachen Bewässerungssystemen – wie Tropfbewässerung oder Mikro-Berieselungsanlagen – zu einer 30-prozentigen Steigerung der Erträge und einer besseren Anpassung der Erntezeiten an die Marktnachfrage geführt. Ergänzend dazu stärken der Ausbau der Marktinfrastruktur in Provinzstädten und die Förderung von wichtigen Berufen und Dienstleistungen für die ländliche Bevölkerung die ländliche Wertschöpfung.

In Burundi fördert die DEZA seit kurzem einen innovativen Ansatz zur Sicherung des Grundbesitzes. Im Zentrum steht der Aufbau lokaler Verwaltungsstellen, wo Grundbesitzer für ihre Familienbetriebe einfach und kostengünstig Besitzurkunden erwerben und sich damit rechtlich absichern können. Dank der Abgrenzung der Parzellen und der Mediationsarbeit der Gemeindebehörden ist die Zahl der lokalen Konflikte bereits zurückgegangen.

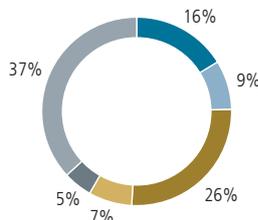
Gesundheit

Die Mehrheit der Bevölkerung in Subsahara-Afrika ist nicht gegen Krankheit und Unfall versichert. Ein unerwartetes Krankheitsereignis bedeutet für die Betroffenen häufig eine wirtschaftliche Katastrophe und verschärft die Armut. Die DEZA unterstützt die Partnerländer Benin, Ruanda, Tansania und Tschad beim Aufbau von Krankenversicherungen. Im Süden von Tschad profitieren beispielsweise 11 000 Menschen neu von einer minimalen Krankenversicherung.

Trotz Fortschritten bei der Malaria bekämpfung gab es laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) 2010 weltweit 212 Millionen Malariafälle, 86% davon in Subsahara-Afrika. Die Malariasterblichkeit ging insgesamt um 38% zurück, wobei 43 Länder – davon 11 in Subsahara-Afrika – eine Halbierung der Malariasterblichkeit verzeichneten. In Tansania unterstützt die DEZA das Gesundheitsministerium bei der Koordination der landesweiten Verteilung von imprägnierten Moskitonetzen. Während 2005 lediglich 23% der Haushalte über mindestens ein solches Moskitonetz verfügten, waren es 2010 bereits über 64%, Tendenz steigend. Dies hat unter anderem dazu beigetragen, dass die Sterblichkeit der Kinder unter fünf Jahren von 147 auf 81 pro 1000 Lebendgeburten gesunken ist.

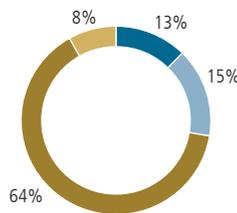
Um eine breite und qualitativ gute Basisgesundheitsversorgung für alle zu erreichen, achtet die DEZA auf eine Integration der Gesundheitsprojekte in die nationalen Gesundheitssysteme.

Subsahara-Afrika: DEZA nach Themen 2011



- Gesundheit
- Bildung
- Landwirtschaft, Wasser und Umwelt
- Rechtsstaatlichkeit, Demokratie
- Andere (Wirtschaft und Beschäftigung/Konfliktprävention)
- Humanitäre Hilfe

Subsahara-Afrika: SECO nach Themen 2011



- Privatsektorförderung
- Infrastrukturfinanzierung
- Makroökonomische Unterstützung
- Handelsförderung

Bildung

Das öffentliche Schulwesen in Subsahara-Afrika ist kaum in der Lage, eine qualitativ hochstehende Bildung anzubieten. Rund 50% der Schülerinnen und Schüler beenden die Primarschule nicht. Die Schweiz unterstützt alternative Bildungsmassnahmen, um die vom normalen Schulbetrieb ausgeschlossene Bevölkerung zu erreichen. Dazu zählen Jugendliche mit abgebrochener Schulbildung, die ländliche Bevölkerung, die arme städtische Bevölkerung oder erwachsene Analphabeten. Besondere Aufmerksamkeit schenkt die DEZA Mädchen und Frauen.

In der Sahelzone – konkret vom Norden Benins bis Tschad – arbeitet die DEZA seit 2011 im Rahmen eines Pilotprojekts mit Nomadengruppen zusammen, deren Zugang zum klassischen Schulsystem stark eingeschränkt ist. Jugendliche können sich dank diesen

Projekten Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen sowie weitere nützliche Kompetenzen für die Berufsausübung und die Wahrnehmung ihrer Bürgerrechte aneignen.

Humanitäre Hilfe

Das Horn von Afrika war 2011 einmal mehr Schauplatz einer humanitären Katastrophe. In Somalia, Äthiopien und Kenia waren Hunderttausende vom Hungertod bedroht. Unterschiedliche Faktoren wie Staatenzerfall, schwache Regierungsführung und extreme Dürren, die mit der globalen Erwärmung weiter zunehmen werden, treffen aufeinander und bedrohen die Lebensgrundlage der Menschen dieser Region.

Mitte 2011 rief die UNO in sechs Regionen im Süden Somalias eine Hungersnot aus. Mehrere zehntausend Menschen starben. Mehr als zwei Millionen Somalierinnen und Somalier sind als Folge der seit Jahren andauernden schwierigen Lebensbedingungen zu Vertriebenen im eigenen Land geworden oder sind in Nachbarländer geflohen.

Insgesamt waren rund 13 Millionen Menschen auf Nothilfe angewiesen. Betroffen waren Menschen in Somalia, Kenia, Äthiopien und Dschibuti, wobei Kinder und Frauen am meisten unter der Katastrophe litten.

Die Humanitäre Hilfe unterstützte die Region mit rund 18 Millionen Franken aus ihrem regulären Budget. Der Bundesrat stellte zusätzlich 20 Millionen Franken bereit. Im Zentrum der Hilfe standen Ernährungsprojekte für Kinder und Mütter. So konnte beispielsweise die Organisation «Action Contre La Faim» mit Unterstützung der Humanitären Hilfe 11 000 Kinder unter fünf Jahren sowie schwangere und stillende Mütter mit lebensrettender Notnahrung versorgen.

1,6 Millionen Somalierinnen und Somalier konnten dank den Impfkampagnen für das Vieh sowie der Bereitstellung von Saatgut durch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) eine neue Existenz aufbauen. Die Schweiz hat diese Aktivitäten neben anderen Wiederaufbauprojekten mit unterstützt, um die Lebensgrundlagen der betroffenen Menschen möglichst rasch wieder herzustellen.

Dank ihrer langjährigen Präsenz in der Region kann sich die Humanitäre Hilfe auf ein etabliertes Netzwerk von Partnerorganisationen abstützen. Nutzbringend war insbesondere das Fachwissen des Korps für Humanitäre Hilfe, das direkte Einsätze leistete und die Arbeit der UNO-Organisationen unterstützte.

Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

In Südafrika unterstützte das SECO weltweit die ersten Reisen, die nach Fair-Trade-Grundsätzen durchgeführt wurden. Gegenwärtig gibt es im schweizerischen und im internationalen Markt 65 Reiseangebote, die unter dem Zertifikat «Fairer Tourismus» laufen. Das SECO trägt mit dieser Initiative zur Schaffung von Arbeits-

plätzen im Tourismussektor bei. Ein weiteres innovatives Projekt ermutigt Unternehmen, neue Energiestandards umzusetzen. Es hat zu einer Neudefinierung der nationalen Strategie für Energieeffizienz geführt. Weltweit wurde zum ersten Mal aus dem ISO-Standard 50001 ein nationaler Standard abgeleitet. In Ghana setzte das SECO seine Unterstützung der Steuerreform erfolgreich fort: Dank einem effizienteren Management der öffentlichen Finanzen konnten die Steuereinnahmen 2011 gesteigert werden. Ausserdem unterstützte das SECO den Aufbau von Kreditbüros und einer Infrastruktur für eine gesicherte Kreditvergabe. Die Banken erhielten dadurch Informationen zu rund 3 Millionen Darlehen

In Südafrika unterstützte das SECO weltweit die ersten Reisen, die nach Fair-Trade-Grundsätzen durchgeführt wurden.

und 22 000 Pfändern. Das SECO hilft damit den Zugang zu Krediten für Einzelpersonen und KMU nachhaltig zu stärken.

Auf regionaler Ebene hat ein SECO-Programm in 14 Ländern in Subsahara-Afrika dazu beigetragen, den rechtlichen Rahmen für das Leasing zu überarbeiten. 8000 Expertinnen und Experten – darunter Bankfachleute, Richterinnen und Richter, Anwältinnen und Anwälte – erhielten eine Weiterbildung. Zudem konnten rund 36 Millionen US-Dollar zugunsten von Leasing-Institutionen mobilisiert werden.

Im südlichen Afrika unterstützte das SECO ein effizientes Management öffentlicher Finanzen. Im Zentrum stand die Eröffnung eines regionalen IWF-Büros für technische Beratung, wozu das SECO beigetragen hat. Mit der Kofinanzierung einer von der Weltbank geführten Einrichtung für das Schuldenmanagement hat das SECO ausserdem geholfen, die nötigen Reformen in diesem Bereich anzustossen. |

“ Ich dachte, ich würde eines Tages heiraten wie tausend andere in meiner Heimat. Doch dann holte mich die brutale Realität ein, als ich merkte, dass ich schwanger war. Zwar hatte ich gerade eine Stelle als Krankenschwester ergattert, doch der zukünftige Vater unseres Kindes besass keinen Rappen. Ich empfand Schuldgefühle gegenüber meiner Familie.

Nach der Ausbildung zur Krankenschwester hätte sie sich gewünscht, ich würde einen ehrenvolleren Weg einschlagen. Hinzu kam, dass der Vater meines Kindes nach der Geburt beschloss, sein Studium anderswo fortzusetzen. Einen Heiratsantrag hat er mir nie gemacht. So war ich vollkommen auf mich allein gestellt – in einem Moment, in dem die Anwesenheit des Vaters so wichtig gewesen wäre. Doch ich musste meine Ängste und Zweifel überwinden, dem Kind zuliebe.

Ich verschuf mir einen Überblick über meine Situation. In der Nähe des Zentrums von Ngozi besass ich ein günstig gelegenes Stück Land. Ich hatte alle meine Ersparnisse darin investiert. Als Grundstück wäre mein Geld sicher angelegt, dachte ich. Doch was würde geschehen, wenn mir mein

einziges wertvolles Gut plötzlich weggenommen würde?

Ich hegte bereits seit einiger Zeit die Befürchtung, der Verkäufer könnte den Kauf nachträglich für ungültig erklären. So entschloss ich mich, das Geschäft bei der Gemeinde notariell beglaubigen zu lassen. Ein Verwaltungsangestellter erzählte mir vom neuen Grundbuchamt. Er erklärte mir, dass ich anstelle einer notariellen Beglaubigung eine Grundbesitzurkunde erwerben könnte.

Zusammen mit dem Verkäufer und seiner Familie nahm ich in der Folge an einer Verhandlung teil, in deren Verlauf meine Besitzrechte anerkannt wurden. Der Tag, an dem ich meine Besitzurkunde in Händen hielt, war für mich ein Freudentag: Dank diesem von allen anerkannten Dokument kann ich mich nun sicher fühlen.

Obwohl ich über kein Geld verfüge, kann ich jetzt einen Kredit für ein Motorrad beantragen: Meine Besitzurkunde genügt als Garantie. Das Motorrad wird mir das Leben hier enorm erleichtern. Und wer weiss: Vielleicht finde ich dereinst einen neuen Vater für mein Kind – der richtige hat sich schon lange nicht mehr blicken lassen. ”

YVONNE NIZIGIYIMANA lebt in Ngozi, Burundi. Die DEZA unterstützt dort den Aufbau lokaler Verwaltungsstellen, wo Grundbesitzer für ihre Familienbetriebe einfach und kostengünstig Besitzurkunden erwerben und sich damit rechtlich absichern können.



MEIN GRUNDSTÜCK – MEINE SICHERHEIT

YUSSUF DIKA gehört zum Stamm der Borana und lebt in Bilikit, einem Dorf im Nordosten Kenias. Im Rahmen eines Vieh-Aufstockungsprogramms erhielt er von Vétérinaires Sans Frontières (VSF) fünf Ziegen und ein Kamel und konnte einen Kurs in Kamelhaltung besuchen. Das VSF-Projekt wird von der Humanitären Hilfe der DEZA unterstützt. Es ist eine Antwort auf den Klimawandel und will den Hirten, die durch die Dürre ihre Tiere verloren haben, langfristig eine neue Lebensgrundlage bieten.

MIT KAMELEN GEGEN DEN KLIMAWANDEL



“ Früher besass ich 30 Kühe, und wir hatten mehr als genug Milch für unsere sieben Kinder. Wenn jemand krank war, verkaufte ich ein Tier und konnte damit das Spital bezahlen. Es reichte auch immer für Getreide, Zucker und Tee und manchmal für einen Besuch bei Verwandten. Als der Regen ausblieb, starben unsere Tiere. Alles, was wir hatten, war verloren.

Schliesslich zogen wir nach Bilikit, und ich bat das Welternährungsprogramm (WFP) um Nahrungsmittelhilfe. Doch das Leben hier war eine Enttäuschung. Als Hirte hatte ich eine bewegliche Hütte gehabt. Hier musste ich ein Grundstück mieten, alles war teuer, und Arbeit gab es keine.

Als ich noch Tiere hatte, grüssten mich die Leute, zollten mir Respekt und luden mich zu Zusammenkünften ein. Nachher schauten sie weg, wenn ich vorbei ging, weil sie befürchteten, ich würde sie um Hilfe bitten. Wir hatten Hunger und waren schlecht gekleidet.

Als die Leute von Vétérinaires Sans Frontières (VSF) hierher kamen und ankündigten, dass sie den Ärmsten Kamele und Ziegen schenken würden, betete ich zu Gott und sprach mit dem

ganzen Dorf, damit ich auf die Liste kam. Als ich schliesslich ausgesucht wurde, tanzte meine Frau vor Freude.

Die Trockenzeiten dauern immer länger. Die Bevölkerung wächst, und wir haben nicht mehr soviel Weidefläche wie früher. Kamele und Ziegen essen Blätter von den Bäumen und können länger ohne Wasser überleben. VSF zeigten uns, wie man mit Kamelen umgeht und gründeten mit uns die VSF-Kamel-Organisation. Zusammen halten wir die Tiere in einer Herde.

Mein Kamel wird bald ein Junges haben. Wir haben dann genügend Milch für die ganze Familie. Vielleicht kann ich sogar ein, zwei Gläser verkaufen und damit Tee und Zucker erstehen. Die Leute grüssen mich auch wieder. ”

Die Hälfte der Weltbevölkerung wird regelmässig von Naturkatastrophen heimgesucht. Die Menschen in armen Ländern sind besonders verletzlich. Die DEZA unterstützt die Bevölkerung in Lateinamerika, Nordafrika, dem Nahen Osten, im Südkaukasus sowie in Zentral-, Süd- und Ostasien dabei, sich besser vor Naturgefahren zu schützen. Dazu gehören vorbeugende Massnahmen zur Vermeidung von Katastrophen – darunter auch klimabedingte –, aber auch die Vorsorge bei unvermeidlichen Naturkatastrophen wie Erdbeben. Ziel ist es, die Opferzahlen und die Schäden an den überlebensnotwendigen Gütern möglichst tief zu halten.

Naturkatastrophen machen vor Landesgrenzen keinen Halt. Die DEZA arbeitet deshalb eng mit multilateralen Partnern zusammen. Eine wichtige Partnerinstitution ist die Internationale Strategie zur Katastrophenvorsorge der Vereinten Nationen (UNISDR). Sie hat zur Aufgabe, die Katastrophenvorsorge im UNO-System zu koordinieren und allfällige Synergien nutzbar zu machen. Die wichtigste internationale Konferenz zum Thema, die «Global Platform on Disaster Risk Reduction», hat 2011 in Genf stattgefunden. Auch die 31. Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Konferenz vom Dezember 2011 wurde in Genf durchgeführt. Als Gastgeberin hat sich die Humanitäre Hilfe des Bundes für eine Stärkung der rechtlichen Grundlagen für die Prävention von Naturkatastrophen auf nationaler Ebene eingesetzt.



Reduktion der Risiken von Naturkatastrophen – eine weltweite Aufgabe

In Armenien hat die DEZA in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Katastrophenschutz zum weiteren Ausbau des dezentralen Einsatz- und Rettungssystems Ardzagank beigetragen, unter anderem über die Förderung von Freiwilligen-Rettungseinheiten aus der Zivilbevölkerung sowie den Aufbau von geeigneten Trainingsanlagen. Über 60 Feuerwehrstationen im ganzen Land verfügen neu über gut ausgebildete

Mitarbeitende und geeignete Ausrüstung. 2200 Feuerwehrleute und Retter sind in der Lage, Opfer kleiner Katastrophen wie Überschwemmungen zu orten und zu retten. Das neu erworbene Wissen und Material wird im Alltag z.B. bei Bränden oder Verkehrsunfällen routinemässig angewendet, sodass bei Naturkatastrophen jederzeit gut ausgebildete Einsatzkräfte zur Verfügung stehen. |

Kunst und Kultur als Motor für soziale Entwicklung

Die DEZA setzt mindestens ein Prozent des Budgets ihrer Programme in den Partnerländern für kulturelle Initiativen ein. Kulturelle Aktivitäten leisten einen wichtigen Beitrag in Entwicklungsprozessen und bei der Demokratisierung der Gesellschaften.

In Hebron im Westjordanland konnten Jugendliche über das Theater ihre Fertigkeiten zur Bewältigung der Alltags-

probleme stärken. Das lokale Bildungsministerium hat die künstlerische Ausbildung in den Ausbildungsplan für Lehrkräfte aufgenommen. Beides sind Früchte der Arbeit von Kulturinstitutionen, welche die DEZA unterstützt. Einerseits wird das palästinensische Kulturerbe belebt, und andererseits werden die Konsequenzen der politischen und gesellschaftlichen Krise abgeschwächt. |



Ein Mitglied der Rebellen nimmt einen Augenschein in Bab al-Aziya, dem verlassenen Sitz des libyschen Herrschers Muammar al-Gaddafi im Süden der Hauptstadt Tripolis. Nach dem Umsturz des libyschen Regimes und einem blutigen Bürgerkrieg steht das Land vor einem schwierigen Neuanfang.



Anfang 2011 führten Demonstrationen in Tunesien und Ägypten zum Sturz der autokratischen Regime. Auch in Jordanien, Bahrain, Syrien und im Jemen gingen Menschen für Demokratie, Freiheit und wirtschaftliche Perspektiven auf die Strasse. In Libyen führten Gaddafis Truppen Krieg gegen die eigene Bevölkerung und provozierten eine Intervention der NATO. In Syrien haben blutige Zusammenstösse viele Opfer gefordert.

Der Bundesrat hat im März 2011 festgelegt, wie die Schweiz die arabischen Länder im Transitionsprozess unterstützen will. Das Nordafrika-Programm der Schweiz bindet alle in der Region aktiven Bundesämter ein. Es konzentriert sich auf die Bereiche demokratische Transition und Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung sowie Migration und Schutz.

Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten

Die Bevölkerung mehrerer arabischer Länder hat mit Demonstrationen und Waffengewalt Autokratien gestürzt. Es bleiben aber zahlreichen Hürden auf dem Weg zu mehr Demokratie und ausgleichender Gerechtigkeit. Die Schweiz unterstützt den Transitionsprozess.

Humanitäre Hilfe und Transitionsunterstützung

In Libyen reagierte die DEZA schnell auf die humanitären Bedürfnisse. Rund eine Million Menschen flüchtete aus dem Land. Soforteinsatzteams der Humanitären Hilfe verteilten in den Grenzregionen zu Tunesien und Ägypten Hygieneartikel und Nahrungsmittel. Die Heimreise von über 200 000 Gastarbeiterinnen und -arbeitern, vor allem aus asiatischen Ländern, wurde mitfinanziert. Das im März eröffnete Programmbüro in Benghazi setzte medizinische Projekte um.

In Marokko leben Transitmigrantinnen und -migranten oft unter menschenunwürdigen Bedingungen.

Im Nahen Osten unterstützt die DEZA das UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA), das die Grundbedürfnisse von fast fünf Millionen Menschen deckt.

In den städtischen Agglomerationen haben sie keinen Zugang zur Grundversorgung. Frauen und Kinder sind besonders verletzlich. Die von der DEZA unterstützte marokkanische Stiftung «Orient-Occident», die sich für die Rechte von Migrantinnen und Migranten in der

marokkanischen Gesellschaft einsetzt, bietet Beratung und medizinische Unterstützung an. Begonnen hat zudem die Ausbildung von marokkanischem Personal, das in Auffangzentren für Migrantinnen und Migranten aus Subsahara-Afrika arbeitet.

In Tunesien unterstützt die DEZA über die schweizerische Stiftung «Hirondelle» eine bürgernahe Berichterstattung über ein Lokalradio in einer der benachteiligten Regionen im Süden des Landes. Moderatorinnen und Moderatoren, Korrespondentinnen und Korrespondenten lernen über das Projekt, mit professionellen und ausgewogenen Inhalten einen interaktiven politischen Dialog zu führen. Zudem lieferte die DEZA – in Zusammenarbeit mit dem UNDP – 12 000 Wahlurnen für die ersten demokratischen Wahlen.

In Ägypten ist die DEZA unter anderem an einem «World Fish»-Projekt im Nildelta beteiligt. In einer professionell aufgebauten und umweltgerechten Fischzucht werden neue Arbeitsplätze geschaffen – vor allem für Jugendliche. Gleichzeitig wird die Ernährungssituation in den ländlichen Gegenden verbessert. Davon profitieren zahlreiche Branchen: Fischzucht, Transport, Verteilung und Vermarktung.

Im Jemen unterstützt die DEZA Nothilfeprogramme der UNO und des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK), die 700 000 Flüchtlinge und intern Vertriebene mit Nahrung, Unterkünften und medizinisch versorgen. Die DEZA hat eine Koordinationsplattform geschaffen, die den humanitären Akteuren eine bessere Abstimmung ihrer Aktionen und einen optimalen Einsatz der Mittel ermöglicht.

Im Nahen Osten unterstützt die DEZA das UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA), das die Grundbedürfnisse von fast fünf Millionen Menschen deckt. Die DEZA ist an einem Pilotprojekt für 40 der ärmsten Familien in einem Flüchtlingslager im Süden Libanons beteiligt. Die Familien erhalten Geld und fachliche Beratung, um ihre baufälligen Unterkünfte selbst zu renovieren. Die Hilfe zur Selbsthilfe stärkt

zudem Selbstbewusstsein und Autonomie. Dank der Initiative der DEZA konnte ein Geldgeber für die Unterstützung von weiteren Familien gefunden werden.

Ein schweres Erdbeben erschütterte am 23. Oktober 2011 die osttürkische Provinz Van. In Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) transportierte die DEZA rund 300 wintertaugliche Zelte sowie Heizöfen und Decken in das vorwiegend von Kurden bewohnte Katastrophengebiet. Rund 1500 Personen erhielten Nahrungsmittel, und 2200 Notbehausungen wurden mit Radiatorheizungen ausgerüstet. Im Anschluss an das schwere Nachbeben vom 9. November 2011 finanzierte die DEZA zugunsten des Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van die Lieferung von 150 wintertauglichen Familienzelten.

Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

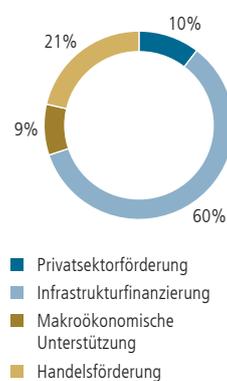
Die SECO-Projekte in Ägypten und Tunesien konnten 2011 trotz der politischen Umwälzungen weitergeführt werden. Der landesweite Wiederaufbau von Dienstleistungen für Bluttransfusionen und Röntgenuntersuchungen in Ägypten war für die Versorgung von Opfern der gewaltsamen Auseinandersetzungen besonders wichtig.

Dank der langjährigen und konstruktiven Beziehungen zu ägyptischen Partnerinstitutionen konnte die Radiologie-Ausrüstung praktisch ohne Verzug geliefert werden. Mit einer offiziellen Zeremonie wurde im November in Kairo der erfolgreiche Abschluss der zweiten Phase des Radiologieprojektes gefeiert. Insgesamt war in dieser zweiten Phase Ausrüstung im Wert von gegen acht Millionen Franken geliefert worden. Seit Projektbeginn haben mehr als 190 Spitäler in fast allen Landesbezirken Ägyptens von Schweizer Ausrüstung und technischer Beratung profitiert. Die Spitäler können dadurch

Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten: DEZA nach Themen 2011



Nordafrika: SECO nach Themen 2011



erschwingliche und qualitativ hochstehende Dienstleistungen für alle anbieten.

In Ägypten und Tunesien wurden Projekte im Bereich der Abwasserinfrastruktur weiter vorangetrieben. Parallel zu einem grossen Abwassermanagement-Projekt im ägyptischen Nildelta setzt die Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EAWAG) ein angewandtes Forschungsprojekt um und untersucht dezentrale sanitäre Technologien mit Blick auf Kosteneffizienz, Betrieb und Wartung sowie soziale Akzeptanz. Diese dezentralen Dienstleistungen sollen die zentralisierten Sanitärsysteme ergänzen, welche im Rahmen des Hauptprojekts im Nildelta aufgebaut werden. Vom Bau oder von der Rehabilitation von 14 Kläranlagen werden 1,2 Millionen Menschen profitieren.

In Nordafrika setzt das SECO ausserdem stark auf die KMU-Förderung. In Ägypten wird etwa der Aufbau von vier Dienstleistungszentren für Produzenten und Exporteure von Medizinal- und Duftpflanzen unterstützt.

Mit der Förderung von alternativen Mechanismen zur Konfliktlösung ermöglicht das SECO Unternehmen in Ägypten, Marokko und Libanon, handelstechnische Streitigkeiten schneller, kostengünstiger und damit wirtschaftsfreundlicher abzuwickeln.

Um dem dringenden Bedarf an Arbeitsplätzen im Privatsektor der nordafrikanischen Länder zu begegnen, bereitet das SECO weitere Projekte vor. |

Mehr als 190 Spitäler in Ägypten haben von Schweizer Radiologie-Ausrüstung und technischer Beratung profitiert.

“ Vor einiger Zeit wurde ich in einen Verkehrsunfall verwickelt und an der Hüfte verletzt. Die Leute sagten mir, ich solle mich im nahegelegenen Spital Om El-Masreen in Pflege begeben. Die dortigen Diagnosemethoden seien gut entwickelt und die Behandlung sei in diesem öffentlichen Spital kostenlos. Einer meiner Verwandten brachte mich umgehend dorthin.

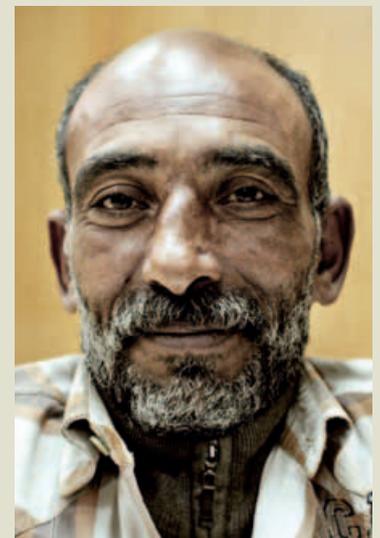
Im Spital teilten sie mir mit, dass meine Verletzungen ernsthaft seien, und ich wurde sogleich aufgenommen. Die Röntgenabteilung war renoviert und komplett mit modernen Geräten ausgestattet. Das Personal machte mir einen freundlichen und kompetenten Eindruck. Sie sagten, sie würden eine digitale Röntgenaufnahme meiner Knochen machen.

Gleich nach der Untersuchung konnte ich die Resultate sehen. Ich habe auch gehört, dass die Röntgenaufnahmen dank dieser neuen Technologie präziser sind – und natürlich geht es schneller. Auch muss ich jetzt nicht mehr für die Entwicklung der Röntgenfilme bezahlen. Früher war dies Sache der Patienten.

Seit der Revolution in Ägypten vom 25. Januar 2011 hat sich hier viel verändert. Wir wissen nicht, was uns genau erwartet. Daher bin ich froh zu sehen, dass der breiten Bevölkerung in unserem Land solch gute Dienstleistungen und Infrastruktur zur Verfügung stehen.

BESSER AUSGERÜSTETE SPITÄLER

MOHAMED AHMED ist Ägypter und lebt in Giza. Seit über 30 Jahren finanziert das SECO Infrastrukturprojekte in Ägypten, darunter auch Radiologie-Ausrüstung. Über diese Zeitspanne hat das SECO 270 Millionen Franken in Form von Mischkrediten eingesetzt. Bei diesem Finanzierungsmodell ist eine Teilrückzahlung durch Ägypten vorgesehen.





Szene eines Protests während des Generalstreiks in Nepal. Unruhen unterbrechen wiederholt das öffentliche Leben in der Hauptstadt Kathmandu und legen den Verkehr lahm. Immer wieder werden die Nepalesen schmerzhaft daran erinnert, dass ihr Land noch nicht zur Ruhe gekommen ist.

Eine restriktive Geldpolitik und die abflachende Exportnachfrage lassen die Volkswirtschaften Süd- und Ostasiens moderat wachsen. Für ein breites, armutsrelevantes Wachstum müssen sie jedoch kritische Herausforderungen überwinden: Im Vordergrund steht die Eindämmung der Inflation, die eine zentrale Rolle bei der Entwicklung der Nahrungsmittelpreise und damit der Ernährungssicherheit spielt. Durch Investitionen in Bewässerungsanlagen, Strassen in ländlichen Gebieten und den verbesserten Zugang zu Mikrofinanzmitteln konnte die Asiatische Entwicklungsbank im Bereich der Nahrungsmittelpreise zur Entschärfung der Lage beitragen. Ebenso gilt es, die fortschreitende Vergrößerung der Einkommensschere einzudämmen. Mittelfristig müssen die Länder Asiens mehr Arbeitsplätze mit besseren Einkommen schaffen, unter anderem durch

Asien

Die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens zeigten gegenüber der globalen Verlangsamung des Wachstums beachtliche Widerstandskraft. Trotz durchzogener globaler Aussichten beträgt die Wachstumsprognose für die Region 7,7% für 2012. Doch vom Wachstum profitieren nicht alle.

mehr regionalen Handel und eine verstärkte Süd-Süd-Zusammenarbeit. Defizite bei der Regierungsführung und Fragen der kollektiven regionalen Sicherheit müssen angegangen werden. Mit ihren Programmen in Süd- und Ostasien tragen die DEZA und das SECO gezielt zur Bewältigung dieser Herausforderungen bei.

In der Mekong-Region forciert Vietnam den wirtschaftlichen Aufbau. Inflation und Ungleichheiten behindern jedoch eine nachhaltige Entwicklung. Laos hofft auf den künftigen Export von Elektrizität, macht aber wenig Fortschritte bei der Verbesserung ländlicher Einkommen. Beiden Ländern gemeinsam sind ungenügende Reformen der staatlichen Strukturen und

In Pakistan hat die Schweiz in vielen durch Hochwasser gefährdeten Dörfern Verbauungen errichtet, um diese vor zukünftigen Katastrophen zu schützen.

im Bereich der Bürgerbeteiligung. Die Mongolei zählt seit 2010 zu den Ländern mit mittlerem Einkommen; bis 2015 wird ein jährliches Wirtschaftswachstum von 8–15% prognostiziert. Der Wille zu Demokratisierung und Dezentralisierung ist sichtbar und konkret. China ist für die Mekong-Region ein Wachstumsmotor, zeigt aber wenig Interesse an einem nachhaltigen Vorgehen.

Trotz leichter Öffnung bleibt Myanmar unberechenbar und fragil. Letzteres gilt auch für Kambodscha. Bhutan konsolidiert derweil seine junge Demokratie mit Erfolg.

Die sich zunehmend verschlechternde Rechts- und Sicherheitslage sowie aktive und latente Konflikte prägen den Kontext in Afghanistan, Pakistan und Nepal. Der ungelöste Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan wirkt sich negativ auf die regionale Zusammenarbeit aus. Die Region beherbergt gleichzeitig eine der gefährlichsten geopolitischen Konfliktzonen der Welt: den Hindukusch im Grenzgebiet von Afghanistan und Pakistan. In all diesen Ländern nimmt die soziale, ethnische und ökonomische Ungerechtigkeit weiter zu. Obwohl Bangladesch über ein hohes Wirtschaftswachstum verfügt, zwingt der Mangel an Arbeitsplätzen vor allem junge Menschen zur Migration.

Ländliche Entwicklung

Der Beitrag der DEZA zur ländlichen Entwicklung in der Region bleibt zentral, auch im Hinblick auf die Unterstützung der Minderheiten. Einkommen, Beschäftigung, Ernährungssicherheit, Dezentralisierung und Bürgerbeteiligung waren auch 2011 die Leitthemen des DEZA-Engagements.

In Afghanistan und Pakistan setzt sich die DEZA für die Verbesserung der Lebensbedingungen ein, unter anderem durch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion sowie mit einkommensschaffenden Aktivitäten für die ländliche Bevölkerung. So konnten in der Provinz Bamiyan in Afghanistan 2011 die Flutschäden um bis zu 60% reduziert werden. Erreicht wurde dies dank einer verbesserten Bewirtschaftung der Wassereinzugsgebiete. 100 000 Menschen haben davon profitiert. In Pakistan hat die Schweiz in vielen durch Hochwasser gefährdeten Dörfern Verbauungen errichtet, um diese vor zukünftigen Katastrophen zu schützen.

Beim Strassen- und Brückenbau in Nepals ländlichen Gebieten setzt sich die Schweiz dafür ein, dass die Arbeiten wenn immer möglich direkt an besonders benachteiligte Frauen und Männer vergeben werden. Dadurch konnten 2011 rund drei Millionen zusätzliche Arbeitstage geschaffen werden. In Bangladesch erhielten 1,5 Millionen Menschen – ein Grossteil davon Frauen – eine technische Weiterbildung, z.B. im Besticken von Stoffen. Im Durchschnitt erhöhte sich ihr Einkommen in der Folge um 10 US-Dollar pro Monat, was zusätzlichen Einnahmen von rund 30% entspricht.

In Vietnam wird die Förderung von ländlichen Dorfgemeinschaften erfolgreich weitergeführt. In den Provinzen Hoa Binh und Cao Bang werden über 77 000 Haushalte in 103 Gemeinden bei der Planung, Umsetzung und Finanzierung von Kleinprojekten unterstützt. Das erfolgreiche Modell für ländliche Entwicklung und Einkommensförderung wird in weiteren Provinzen zur Anwendung kommen.

In der Mongolei trägt die DEZA zur nachhaltigen Weidenutzung bei. Im Rahmen einer nationalen Regelung praktizieren mittlerweile über 290 Weide-Nutzergruppen mit 11 000 Familien ein Rotationssystem auf einem Gebiet von 1,2 Millionen Hektaren Weideland. Gegenüber 2010 entspricht dies einer Zunahme von 15%. Damit wird ein Beitrag gegen die Übernutzung des Weidelandes und zur Stabilisierung des Tierbestandes geleistet.

Gute Regierungsführung

In Nepal und Afghanistan stärkt die Schweiz mit ihrem Engagement im Bereich der Menschenrechte, der Dezentralisierung sowie der Förderung von Rechenschaft und Transparenz die Regierungsstrukturen. So hat die Schweiz in Nepal öffentliche Anhörungen auf Distriktebene eingeführt. In der Folge haben sich die Dienstleistungen der Lokalbehörden merklich verbessert und über 60% der vorgebrachten Beanstandungen wurden von der Verwaltung bearbeitet.

In Bangladesch haben viele Menschen keinen ausreichenden Zugang zu Grunddienstleistungen wie Trinkwasser, sanitäre Grundversorgung, Bildung oder Medizin. Die Schweiz unterstützt deshalb die Lokalbehörden in ihren Bemühungen, diese Dienstleistungen zu verbessern. So profitierten 200 000 Menschen von einer Wasserversorgung, und 300 000 Personen – davon 40% Frauen – können heute Entscheidungsprozesse auf Gemeindeebene beeinflussen.

In Laos leistet die Schweiz einen Beitrag an die Umsetzung der Regierungs- und Verwaltungsreform. Dabei wird das Verwaltungspersonal für die Arbeit in ländlichen Gebieten geschult, um damit die Verwaltungsarbeit besser an die lokalen Gegebenheiten anzupassen.

In der Mongolei wird der Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen weiter ausgebaut und vereinfacht. Über die vergangenen drei Jahre sind 29 «One-Stop-Shops» entstanden, die von rund 600 000 Kunden für die Abwicklung von zwei Millionen Dienstleistungen genutzt wurden. Die wichtigsten zivil-administrativen Geschäfte können in diesen Dienstleistungszentren erledigt werden. Der Schritt zu umfassenden bürgernahen Dienstleistungen soll künftig im Rahmen eines Dezentralisierungs- und Demokratisierungsprogramms geschehen. Die DEZA hat 2011 auf Anfrage der Mongolei ein solches Programm erarbeitet, welches 2012 starten soll.

Bei der Asiatischen Entwicklungsbank setzt sich die Schweiz unter anderem dafür ein, dass Menschenrechte und Fragen der guten Regierungsführung mit den Empfängerländern offen angesprochen werden.

Humanitäre Hilfe

Seit dem Ende des Bürgerkriegs hilft die Humanitäre Hilfe des Bundes beim Aufbau der kriegsversehrten Dörfer im Norden Sri Lankas. Im Jahr 2011 wurden

über 1000 vertriebene Familien beim Wiederaufbau ihrer Häuser unterstützt. Die zukünftigen Hauseigentümer erhielten einen Geldbetrag von maximal 5000 Franken, welcher entsprechend dem Baufortschritt in Raten ausbezahlt wurde. Die Verantwortung für den Hausbau lag bei den Familien, welche aber technisch begleitet wurden. Da der langjährige Konflikt die Gemeindeinfrastruktur und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung zerstört hat, wird ein ganzheitlicher Wiederaufbau der Dörfer angestrebt. Mehr als 900 Familien erhielten einen Beitrag für die Wiederherstellung ihrer Existenzgrundlage. Zudem wird mit dem Wiederaufbau von zwei Schulen ein sicheres Lernumfeld für 1850 Kinder geschaffen.

Im Anschluss an die Parlamentswahlen in Myanmar wurde im Frühjahr 2011 die über Jahrzehnte an der Macht stehende Militärjunta durch eine zivile Regierung abgelöst. Die Reformvorschläge des neuen Präsidenten erlauben vorsichtigen Optimismus. Die Rahmenbedingungen für die Arbeit der DEZA vor Ort bleiben jedoch schwierig. 2011 hat die Humanitäre Hilfe der DEZA im Rahmen des Post-Nargis-Programms im Deltagebiet weitere zwölf zyklonsichere Schulhäuser gebaut und den Behörden übergeben. Die Gebäude verschaffen rund 2300 Kindern Zugang zu sicheren Bildungsstätten und bieten der Bevölkerung bei zukünftigen Naturereignissen Zuflucht. Dank gezielter Ausbildung kann die lokale Bevölkerung besser mit Umweltrisiken umgehen. Die gemachten Erfahrungen fliessen ins neue DEZA-Engagement im Südosten von Myanmar ein, welches den Aufbau sozialer Infrastrukturen zugunsten der vom internen Konflikt betroffenen Bevölkerung zum Ziel hat.

Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

Das SECO unterstützt Vietnam in seinem langfristigen Ziel, bis 2020 den Status eines Industrielandes zu erreichen. Im Mittelpunkt steht weiterhin die Verbesserung der öffentlichen Finanzverwaltung mit einem Schwerpunkt auf erhöhter Transparenz. Die Regierung und wirtschaftliche Akteure erhalten damit eine bessere Entscheidungsgrundlage. Reformen – etwa bei der Finanzaufsicht oder für die Vereinheitlichung der Buchführungsstandards – können gezielter angegangen werden. Unterstützung erhielt Vietnam ausserdem bei seinem Schuldenmanagement und bei der Umsetzung seiner Exportstrategie. Ein spezieller Fokus galt den Umwelt- und Sozialstandards. Zwei Projektanträge zu Abwasser- und Abfallmanagement sowie zu erneuerbaren Energien sollen Vietnam im Infrastruktursektor unterstützen. Geplant ist der Bau von vier Kläranlagen und einer Abfalldeponie. Ziel ist die Stärkung einer umweltfreundlichen Wirtschaft. Im Bereich der Privatsektorförderung wurde 2011 ein Handbuch über gute Unternehmensführung publiziert, welches auf den entsprechenden OECD-Richtlinien basiert.

In Indonesien gingen die Reformprozesse im öffentlichen Finanzwesen weiter voran. Dazu gehörte eine

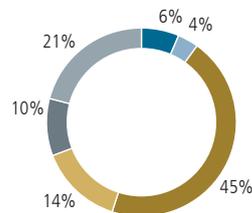
bessere Ausgabenplanung beim Staatsbudget, welche den Handlungsspielraum der Regierung erhöht. Weitergeführt wurde auch das Programm zum Aufbau

In Indonesien wurde das Programm zum Aufbau eines nachhaltigen Tourismus in den ärmeren Gebieten weitergeführt. 2011 besuchten rund 50000 Touristen die Insel Flores östlich von Bali.

eines nachhaltigen Tourismus in den ärmeren Gebieten des Landes. 2011 besuchten rund 50 000 Touristen die Insel Flores östlich von Bali.

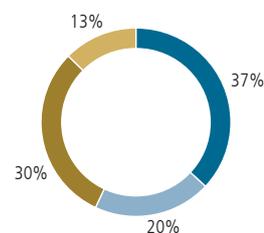
Zur Stärkung des Privatsektors wurden diverse nationale Reformen angestossen. Eine Strategie trägt dazu bei, der breiten Bevölkerung passende Finanzdienstleistungen und -produkte zugänglich zu machen. Im Bereich Klimaschutz wurde ein Programm zum nachhaltigen Abfallmanagement identifiziert. Ausserdem wurde ein Mikrofinanz-Projekt erfolgreich abgeschlossen. Die Partnerbanken des Projekts hatten Kredite in der Höhe von fast 29 Millionen US-Dollar vergeben und über 50 000 neue Sparkonten eröffnet. |

Asien: DEZA nach Themen 2011



- Gesundheit
- Bildung
- Landwirtschaft, Wasser und Umwelt
- Rechtsstaatlichkeit, Demokratie
- Andere (Wirtschaft und Beschäftigung/Konfliktprävention)
- Humanitäre Hilfe

Asien: SECO nach Themen 2011



- Privatsektorförderung
- Infrastrukturfinanzierung
- Makroökonomische Unterstützung
- Handelsförderung

“ Der Zusammenbruch des Sozialismus veränderte unser Leben auf einen Schlag. Ich kehrte mit meiner Familie zur nomadischen Lebensweise unserer Vorfahren zurück, nachdem die Kollektive uns Arbeiter entlassen hatte. Wir starteten mit zwei Kühen und ein paar Dutzend Schafen und Ziegen. Das war alles, was uns nach der Aufteilung der Kollektive blieb.

Wir fügten uns in das neue Leben. Über ein Jahrzehnt wuchsen die Herden beständig, nicht nur die unsere. Es entstanden dadurch aber neue Probleme wegen der Übernutzung der Weiden. Auch die Konflikte mit den Nachbarn mehrten sich. Früher hatte der Staat den Zugang zu den Weiden streng kontrolliert.

Dann kam die Katastrophe. Im grossen Dzud (einer periodisch wiederkehrenden Naturkatastrophe in den Wintermonaten) von 2002 verloren wir fast alle Tiere. Ich pflanzte im Folgejahr Gemüse, doch der Sommer war zu trocken. Es waren die Kartoffeln, die uns retteten. Mir blieben nach dem Dzud 30 Säcke, die ich alle verpflanzte. Ich erntete 300 Säcke und konnte dann Kartoffeln gegen Ziegen eintauschen. Jetzt haben wir wieder eine Herde von mehr als 700 Tieren.

Vor vier Jahren gründete das «Green Gold»-Projekt der DEZA eine Weide-

genossenschaft in unserem Bezirk. Wir traten sofort bei. Nach einem Jahr übernahm ich die Führung. Die Erfahrung veränderte mein Leben. Ich habe eine einfache Ausbildung und hatte nie zuvor ein Mobiltelefon oder einen Computer benutzt!

Ich überzeugte die anderen Hirten von den Vorteilen eines Beitritts. Ich realisierte aber rasch, dass die Weideorganisation allein unsere Probleme nicht löst. Unsere Leute brauchen höhere Einkommen und bessere Verkaufsgelegenheiten auf dem städtischen Markt. So gründeten wir eine Vermarktungsorganisation, die «Schiret»-Kooperative. Bis heute sind 200 Leute beigetreten. Die Kooperative beschäftigt drei Personen voll und 16 in Teilzeit. Ich nehme vorzugsweise Leute, die auf dem Arbeitsmarkt sonst keine Chancen haben, fast alle sind Frauen.

Wir handelten zunächst mit Wolle, Kaschmir und Fleisch. Doch der Verkauf von Rohmaterialien war mir nicht genug. Wir eröffneten eine Molkerei, die schon im ersten Jahr einen Profit von zwei Millionen Tugruk (1500 CHF) erzielte. An der Agrar-Expo 2011 in der Hauptstadt Ulaanbaatar wurden die Filz-Schuhe aus unserer Produktion ausgezeichnet. Wir schicken jetzt über 100 Paare pro Monat nach Japan und Russland. Was für eine Anerkennung!

Unser Erfolg wurde bemerkt. Vom nationalen Fonds für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben wir zu günstigen Konditionen einen Kredit von 45 Millionen Tugruk (34 000 CHF) zum weiteren Ausbau des Geschäfts bekommen. Ich habe noch so viele Ideen und Träume! Am wichtigsten ist mir, dass unsere Leute Arbeit und Einkommen haben. Ich tue mein Bestes, um sie nicht zu enttäuschen.



ICH HABE NOCH SO VIELE TRÄUME

OYUN TSEVELMA ist 48-jährig, verheiratet und Mutter eines Sohnes. Sie lebt und arbeitet in Undurschireet, einem kleinen Ort in der mongolischen Tuv Provinz.

KIM NGUYEN THIEN arbeitet bei der Mekong Housing Bank in Vietnam. Das vom Swiss Finance Institute (SFI) umgesetzte Weiterbildungsprogramm für Banken-Führungskräfte wurde vom SECO finanziert. Mit dem Programm sollen die Managementkapazitäten von 70 Führungskräften staatlicher Banken in Vietnam verbessert werden.

EFFIZIENTES BANKEN-MANAGEMENT ALS ENTWICKLUNGSMOTOR



“ Die Mekong Housing Bank ist eine von fünf staatlichen Banken in Vietnam. Seit zehn Jahren bin ich nun in verschiedenen Positionen bei dieser Bank tätig, gegenwärtig als Personalchefin.

Mein Arbeitgeber ermöglichte mir die Teilnahme an einem Trainingskurs für Banken-Führungskräfte. Der Kurs dauerte zwei Jahre und wurde vom Swiss Finance Institute durchgeführt. Ich habe ihn zusammen mit 29 weiteren Teilnehmenden aus dem Süden Vietnams besucht. In Vietnam gibt es kein vergleichbares Ausbildungsprogramm. Eine solche Weiterbildung ist aber wichtig, um die Schwächen des vietnamesischen Finanzsystems anzugehen.

Aufgebaut war der Kurs in 14 Modulen zu verschiedenen Themen, welche für uns Banken-Führungskräfte zentral sind. Persönlich am meisten interessiert haben mich natürlich Personalmanagement, Marketing und Führung, da diese Themen für meine jetzige Arbeit besonders bedeutend sind. Aber auch das Risikomanagement fand ich für den

vietnamesischen Bankensektor zentral. Ganz allgemein haben mich die Qualität des Unterrichts und die Methodik der Kursleiter beeindruckt.

Der Kurs hat meinen Wissenshorizont erweitert – weit über das Personalmanagement hinaus. Ich habe neue Instrumente und ihre Anwendung kennengelernt. Jeder Teilnehmende musste zum Abschluss einen Bericht verfassen über ein Projekt, welches in der Bank umgesetzt werden soll. In meinem Fall möchte ich «best practices» im Personalmanagement realisieren. Dafür würde ich für die Beurteilung der Mitarbeitenden gerne einen leistungsorientierten Ansatz einführen. Auch möchte ich meine Mitarbeitenden in Weiterbildungskurse schicken, die auf ihre jeweiligen Kompetenzen zugeschnitten sind. Ich glaube, dass die Personalentwicklung im Bankensektor sehr wichtig ist für die Entwicklung Vietnams: Gutes Personal kann die Bedürfnisse unserer Kunden schnell erfassen.



Die positive Wirtschaftsentwicklung hält weiterhin an. Für 2011 liegt das Wachstum bei 4,4%. Von einem einheitlichen Wirtschaftsraum kann jedoch immer weniger die Rede sein: Während sich Südamerika überdurchschnittlich rasch von der Finanz- und Wirtschaftskrise erholt hat, war die Wachstumsdynamik

Die soziale Ungleichheit ist ein enormes Entwicklungshindernis: 10 der 15 weltweit am stärksten von Ungleichheiten betroffenen Länder befinden sich in Lateinamerika.

in Zentralamerika verhaltener und in der Karibik gar stagnierend. Die grösste Herausforderung besteht darin, die im internationalen Vergleich niedrige Arbeitsproduktivität anzuheben und das Wirtschaftswachstum nachhaltiger zu gestalten. Dazu gehören eine weniger starke Abhängigkeit von Rohstoffexporten und mehr Investitionen in Humankapital.

Jede dritte Person oder 180 Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze und müssen mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen. Die soziale

Lateinamerika

Die Schweiz reagiert auf neue Herausforderungen in den Bereichen Klima und Wasser und passt ihre Entwicklungsprogramme entsprechend an. Die soziale Ungleichheit bleibt ein grosses Entwicklungshindernis. Im krisengeschüttelten Haiti schafft der Wiederaufbau neue Lebensperspektiven.

Ungleichheit ist ein enormes Entwicklungshindernis: 10 der 15 weltweit am stärksten von Ungleichheiten betroffenen Länder befinden sich in Lateinamerika. Korruption und Drogenhandel stellen eine grosse sicherheitspolitische Bedrohung für den ganzen Kontinent dar. Im weltweiten Vergleich liegt die Zahl der Gewaltopfer auf einem Höchstniveau.

Die Entwicklungszusammenarbeit der DEZA konzentriert sich auf Bolivien und Zentralamerika. Kuba wird im Rahmen eines Sonderprogramms unterstützt. In Peru wurde das Entwicklungsprogramm erfolgreich umgebaut. Die Zusammenarbeit erfolgt nun im Rahmen der Globalprogramme Klima und Wasser. Ausserdem hat das SECO ein neues Programm zur wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut, das auch in Kolumbien tätig ist. Mit dem Bundesratsentscheid vom März 2010 wurde das Programm in Haiti im Wiederaufbau als auch im Entwicklungsbereich verstärkt.

Bei der Umsetzung des Reformkurses der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) betonte die

Ein Kind ruht sich in Cité Soleil (Port-au-Prince, Haiti) auf einem Berg von Plastikflaschen aus. Rund um die grösste Müllhalde der haitianischen Hauptstadt hat sich eine regelrechte Gemeinschaft gebildet. Die Menschen suchen nach Essbarem und nach Materialien zum Bau notdürftiger Unterkünfte oder zum Verkauf.



Schweiz insbesondere die Wirkungsmessung von Programmen, damit die Qualität zukünftiger Programme weiter verbessert werden kann. Zur Bewältigung der Kriminalität in der Region arbeitet die IDB mit den Regierungen an neuen Initiativen.

Arbeit und Einkommen

Die DEZA engagierte sich auch 2011 für die Berufsbildung und unterstützte kleine und mittlere Unternehmen. Mehr als 3000 Personen erlangten in Bolivien neu ein Diplom in verschiedenen technisch-praktischen Berufen in der landwirtschaftlichen Produktion, im traditionellen Handwerk und im Tourismus. Fast die Hälfte von ihnen fand rasch eine gut bezahlte Arbeit. In Peru konnten tausend Familien, die sich an Unternehmensnetzwerken beteiligt hatten, ihre Einkommen mehr als verdoppeln. Auch können nun zusätzlich 1200 Bauernfamilien ihre Ernährung sichern: Die Verdoppelung des Kartoffelertrags pro Hektare dank verbesserter Anbautechniken garantiert nicht nur ihre Selbstversorgung. Die Familien konnten zusätzlich auf dem lokalen Markt insgesamt 350 Tonnen Kartoffeln verkaufen.

In Zentralamerika erhielt die arme ländliche Bevölkerung dank dem Engagement der DEZA einen stark verbesserten Zugang zu Finanzdienstleistungen. Mehr als 25000 Personen – darunter 19500 Frauen – haben Spareinlagen erstellt sowie Mikroversicherungen abgeschlossen. Sie sind damit wesentlich besser gerüstet für Schocks wie Krankheiten oder wetterbedingte Verluste.

In Kuba unterstützt die DEZA die wirtschaftliche Entwicklung auf Gemeindeebene. Seit 2007 konnten rund 1900 neue Arbeitsplätze geschaffen werden – davon 780 für Frauen. Auch die Produktivität von Grundnahrungsmitteln in den unterstützten zwölf Gemeinden konnte mit 62% erheblich gesteigert werden, was neben dem zusätzlichen Einkommen für die Bauernfamilien auch auf nationaler Ebene Vorteile bringt: Kuba importiert 80% seiner Nahrungsmittel und will diese Abhängigkeit reduzieren.

Ländliche Entwicklung und natürliche Ressourcen

Die Biodiversität erhalten und zugleich das Einkommen um 20% steigern: Dies erreichten 1500 Familien in Peru, Ecuador und Bolivien dank der Unterstützung durch ein DEZA-Programm. Dabei wird althergebrachtes Wissen über traditionelle einheimische Pflanzenarten aktiviert, und die Pflanzen werden für den lokalen Markt produziert und verarbeitet.

In 14 Gemeinden Kubas hat die Einführung von Biogas zum Kochen für über 1000 Familien vielfältigen Gewinn erbracht. Einerseits wurden etwas mehr als hundert neue Arbeitsplätze geschaffen, andererseits wurde die Produktivität von über 1800 Hektaren Land dank natürlicher Düngung mit Gärresten aus der

Biogasproduktion erhöht. Das Modell ist landesweit auf grosses Interesse gestossen und soll nun verbreitet werden.

Der Zugang zu Trinkwasser in ländlichen Gebieten bleibt eine wichtige Herausforderung in der ganzen Region. Mit den DEZA-Interventionen konnten jedoch beachtliche Erfolge erzielt werden: In der Region von Cusco in Peru hat nun über die Hälfte der Bevölkerung Zugang zu Trinkwasser. 2007 war es erst ein Drittel. Auch in Zentralamerika haben im Berichtsjahr 11 000 Familien neu Zugang zu Trinkwasser erhalten.

Rechtsstaatlichkeit

Zwischen 40 und 50% aller Frauen in Lateinamerika leiden unter Männergewalt. Die Gewalt hat ernste Konsequenzen für die Gesundheit und das Wohlergehen der Frauen und verursacht zudem erhebliche soziale Kosten. In Bolivien hat ein DEZA-Programm

In der Region von Cusco in Peru hat nun über die Hälfte der Bevölkerung Zugang zu Trinkwasser. 2007 war es erst ein Drittel.

dazu geführt, dass 40 Gemeinden mehr Ressourcen für ihre Beratungszentren zur Verfügung stellen, wo betroffene Frauen rechtliche und praktische Beratung erhalten. In 34 weiteren Gemeinden hat die DEZA den Auf- und Ausbau von solchen Zentren unterstützt. Dies hat entscheidend dazu beigetragen, dass im Berichtsjahr landesweit 27 000 Frauen den Schritt wagten, Anzeige gegen ihre Peiniger zu erstatten.

Bolivien geht Zwangsarbeit und Arbeitsverhältnisse, die an Leibeigenschaft grenzen, mit einer neuen Politik an. DEZA-Erfahrungen sind in die Erarbeitung und Umsetzung dieser Politik eingeflossen. Als erster Erfolg konnten sich etwa 2000 Angehörige des Volkes der Guarani aus solchen Zwangsverhältnissen befreien. Die Grossgrundbesitzer wurden enteignet und das Land, welches die Guarani bis anhin bearbeitet hatten, wurde dem Volk übergeben.

In Nicaragua zeigen die Massnahmen zur Korruptionsbekämpfung Erfolge: Der von der DEZA mitfinanzierte Antikorruptionsfonds ermöglichte es der Staatsanwaltschaft, die Anzahl behandelte Fälle von 40% im Jahr 2008 auf 98% im 2010 zu erhöhen. Über 5000 Staatsangestellte wurden in den Bereichen Ethik und Korruptionsdelikte geschult. In zwei Dritteln aller Gemeinden wurden Bürgerinnen und Bürger darin gestärkt, die Kontrolle über die staatlichen Leistungen vermehrt wahrzunehmen. Die Schweiz leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Transparenz und trägt dazu bei, die öffentlichen Mittel optimaler für Entwicklungsvorhaben zu verwenden.

Humanitäre Hilfe

Der seit 50 Jahren andauernde bewaffnete Konflikt in Kolumbien führte bisher zu rund vier Millionen intern Vertriebenen und forderte weltweit am meisten Minenopfer. Trotz der von Präsident Santos im Jahr 2010 eingeleiteten Reformprozesse sind die humanitären Auswirkungen des Konflikts weiterhin enorm, besonders im ländlichen Raum.

Die DEZA konzentriert ihre Unterstützung auf den Schutz der betroffenen Bevölkerung und verbesserte

Ein Höhepunkt in Peru war die Lancierung eines Abfallbewirtschaftungsprojekts in der Küstenstadt Chiclayo. In Zukunft soll der Abfall getrennt, wiederverwertet oder umweltschonend deponiert werden.

Lebensbedingungen, insbesondere der intern Vertriebenen. Über bilaterale und multilaterale Partnerorganisationen hat die Humanitäre Hilfe 2011 rund 4600 Personen aus fünf indigenen Gemeinschaften für die Gefahren durch Antipersonenminen sensibilisiert. Zudem konnte der Zugang zur Basisversorgung – Gesundheit, Wasser und Wohnraum – in abgelegenen Gebieten für über 1700 Familien verbessert werden.

Honduras – eines der ärmsten Länder Lateinamerikas – ist regelmässig von Naturkatastrophen wie Hurrikanen, Überschwemmungen oder Erdbeben betroffen. Gleichzeitig liegt das Land in einer vom Klimawandel besonders stark betroffenen Weltregion. Gemeinsam mit dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) setzt sich die DEZA dafür ein, die Bevölkerung gegenüber diesen Gefahren weniger verletzlich zu machen, Armut zu bekämpfen und die Kapazitäten zur Bewältigung von Naturkatastrophen zu verbessern. In rund 60 Dorfgemeinschaften im Departement Olancho wurden erfolgreiche Sensibilisierungskampagnen durchgeführt. 2700 Familien verfügen neu über grundlegende Kenntnisse über hauptsächliche Gefahren und den geeigneten Umgang damit. Präventions- und Zivilschutzkomitees konnten bei den jüngsten Katastrophen die Verluste an Menschenleben reduzieren. Ausserdem wurden die überlebensnotwendigen Güter weniger in Mitleidenschaft gezogen.

Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

In Peru hat das SECO sein Programm in den vergangenen Jahren substantiell ausgeweitet. Ein Höhepunkt im Berichtsjahr war die Lancierung eines integrierten Abfallbewirtschaftungsprojekts mit Modellcharakter in der nördlichen Küstenstadt Chiclayo. In Zukunft

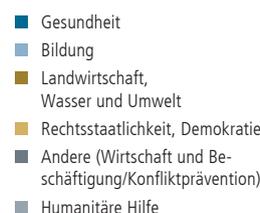
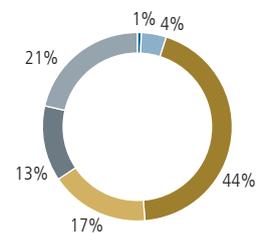
soll der Abfall – täglich rund 120 Tonnen – getrennt, wiederverwertet oder umweltschonend deponiert werden. Auch die Stärkung des öffentlichen Finanzwesens stiess bei der Regierung und bei anderen Gebern auf gutes Echo. Das Finanz- und Steuermanagement auf Ebene der Zentralregierung wurde weiter optimiert. Verschiedene Regionalregierungen erhielten zudem Unterstützung für die effektivere und transparente Gestaltung ihrer Finanzplanung.

Mit einem Programm zur Verbesserung des Investitionsklimas soll die Gründung neuer Unternehmen vereinfacht werden. Es umfasst je eine Komponente zum Abbau administrativer Hürden im Tourismussektor sowie zur Erleichterung des internationalen Handels durch verbessertes Hafenmanagement. Diese Massnahmen tragen dazu bei, die Bedeutung der Schattenwirtschaft in Peru zu verringern. Weitere Projekte zur Stärkung der lokalen Exportkapazitäten für nachhaltig produzierte Produkte wie Kakao, Kaffee oder Bananen wurden fortgesetzt.

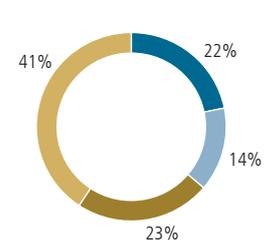
Auch in Kolumbien hat das SECO seine Aktivitäten verstärkt. Durch verbesserte Unternehmensführung wurde die Wettbewerbsfähigkeit von 100 Familienbetrieben gefördert und deren Zugang zu Finanzierungsquellen vereinfacht. Besondere Aufmerksamkeit schenkte das SECO ausserdem den administrativen Prozeduren bei Baubewilligungen. Neu soll ein Gesetz zur nachhaltigen Bauweise entwickelt und umgesetzt werden. Dank einer gesteigerten Energieeffizienz und einem reduzierten Verbrauch von natürlichen Ressourcen kann der CO₂-Ausstoss Kolumbiens bedeutend reduziert werden.

In Guatemala wurde 2011 ein System zur Verwaltung territorialer Daten auf Gemeindeebene vollendet. Neu wird der Studiengang für die zukünftige Geometerschule auch als Fernstudium (E-Learning) angeboten. |

Lateinamerika:
DEZA nach Themen 2011



Lateinamerika:
SECO nach Themen 2011



“ Ich bin Direktor der Backsteinfabrik Alcarraza am Stadtrand von Medellín. In den letzten zwei Jahren habe ich an verschiedenen Weiterbildungen teilgenommen, bei denen es um Technologie und Wettbewerbsfähigkeit ging. Diese Veranstaltungen wurden vom nationalen «Clean Production Center» angeboten. Dort erfuhr ich zum ersten Mal von einem durch die schweizerische Regierung unterstützten Kreditprogramm, welches den technologischen Umbau kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in Kolumbien fördert.

Da ich gerade auf der Suche nach einem Ersatz für meine Produktionsanlagen war und in eine effizientere Technologie investieren wollte, reichte ich bei dem Kreditprogramm ein Projekt ein. Das Echo war gut, denn die neuen Anlagen versprachen umwelttechnische und wirtschaftliche Vorteile. Im Jahr 2010 wurde ein Kredit von 800 000 US-Dollar gesprochen und noch im selben Jahr konnten wir einen brandneuen Ofen installieren.

Im Jahr 2011 zeigte sich, dass die neue Produktionsanlage 70% weniger Energie verbrauchte als die alte. Auch nahmen wir mit Freude zur Kenntnis, dass sich die Qualität der Backsteine massiv verbessert hatte und die produktionsbedingten Verluste kleiner geworden waren. Dies erlaubte uns, in neue Märkte einzusteigen und die Firma auf ein ganz neues Niveau zu bringen. Mit der neuen Technologie verbesserten sich auch die Arbeitsbedingungen für meine Angestellten: Diese müssen den Ofen nun nicht mehr betreten.

LUÍS BERNARDO VALDERRAMAS' Backsteinfabrik hat vom «Green Credit Trust Fund» des SECO profitiert. Das Kreditprogramm trägt in Kolumbien, Peru und Vietnam dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit von KMU zu steigern und gleichzeitig positive Effekte für die Umwelt zu erzielen.

UMWELTFREUNDLICHERE BACKSTEINPRODUKTION



GEORGE ADONIS lebt in Haiti. Die Ausbildung für Maurer in Petit Goâve wird durch das Nationale Berufsbildungsinstitut Haitis ermöglicht und von der DEZA unterstützt. Stabiler Gebäude sind eine Grundvoraussetzung, um bei zukünftigen Erdbeben die Opferzahlen und die Schäden an der Infrastruktur zu reduzieren.



BESSERE MAUERN FÜR PETIT GOÂVE AUF HAITI

“ Ich arbeite als Maurer in der haitianischen Stadt Petit Goâve. Im Kompetenzzentrum für Wiederaufbau habe ich eine Ausbildung in Maurertechnik absolviert. Ich habe sehr viel gelernt in dieser Ausbildung und bin stolz darauf. Im Theoriekurs und bei den praktischen Übungen wurde das Wissen auf eine gut verständliche Art vermittelt. Mit der Anwendung der neuen Bautechniken hat sich meine Arbeitsweise komplett verändert. Für mein Berufsleben bedeutet dies eine wichtige Etappe: Dank dem Maurer-Diplom des Nationalen Berufsbildungsinstituts kann ich jetzt als Maurer für

zwei internationale Organisationen mit Sitz in Petit Goâve arbeiten. Ich wende die neuen Fertigkeiten täglich auf der Baustelle an und hoffe, dass andere Maurer sich auch für die Ausbildung beim Berufsbildungsinstitut einschreiben werden. Dank dieser Ausbildung wissen wir nun Bescheid über die guten Baupraktiken und sind professionelle Maurer geworden!



Nach 30 Jahren Konflikt ist Bildung nicht nur zentral für die ökonomische Entwicklung von Afghanistan, sondern trägt auch wesentlich zur Konfliktbewältigung sowie zu Gleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft bei (Schulzimmer in der Region Shoghnan, Provinz Badachschan).

Osteuropa und die GUS

Die schweizerische Transitionshilfe fördert im Westbalkan, im Südkaukasus sowie in Zentralasien Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und soziale Marktwirtschaft und stärkt die Zivilgesellschaft. Die Schweiz leistet einen Beitrag zur Stabilität in politisch bewegten Regionen, eröffnet Menschen verbesserte Lebenschancen und verringert damit auch den Migrationsdruck. Mit dem Erweiterungsbeitrag trägt die Schweiz seit 2007 zum Abbau sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union bei. Der Erweiterungsbeitrag stärkt die bilateralen Beziehungen mit den neuen EU-Mitgliedstaaten, trägt zu einem sicheren und stabilen Europa bei und eröffnet der schweizerischen Wirtschaft neue Möglichkeiten für Investitionen im östlichen EU-Raum.

2011 haben sich die Staaten des Westbalkans weiter von der Finanzkrise erholt. Durch die Annäherung

Während die Länder des Westbalkans an politischer Stabilität gewinnen, stehen in Zentralasien die Herrschaftsstrukturen und mangelnde wirtschaftliche Perspektiven einer rascheren Entwicklung im Weg. Beim Umbau der politischen und wirtschaftlichen Systeme spielt die Armutsbekämpfung eine wichtige Rolle.

an die EU haben sie an politischer Stabilität gewonnen. In den meisten GUS-Staaten sowie in Georgien verlangsamte sich das Wachstum, blieb aber auf relativ hohem Niveau. Autoritäre Regierungen hemmten aber auch Reformen zur Förderung der Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft. Mehrere schwelende Konflikte – etwa in der Kaukasusregion – oder der Transnistrienkonflikt in der Republik Moldau – bleiben weiterhin ungelöst. Die verbreitete Armut und Perspektivlosigkeit schafft in verschiedenen zentralasiatischen Ländern Konfliktpotenzial.

Westbalkan – Transitionshilfe

Im Westbalkan konzentrieren sich die DEZA-Programme auf zwei thematische Bereiche: Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einerseits sowie Berufsbildung und die Verbesserung der Jugendbeschäftigung andererseits. Ausserdem leisten sie einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Wasserversorgung.

Jugendbeschäftigung

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 50% ist in allen Ländern des Westbalkans eine besondere Herausforderung. Die Schweiz unterstützt aus diesem Grunde Berufslehrgänge, die jährlich rund 5000 Absolventinnen und Absolventen hervorbringen. Das Angebot an Arbeitskräften und die Nachfrage nach spezifischen Qualifikationen sind noch besser

aufeinander abzustimmen. Die DEZA legt deshalb besonderes Gewicht auf die verstärkte Zusammenarbeit von Privatwirtschaft und Ausbildungsinstitutionen. Das duale Berufsbildungssystem der Schweiz liefert hierzu wertvolle Erfahrungen. In Bosnien und Herzegowina hat die DEZA einen Dialog lanciert, an dem 189 Organisationen – Privatfirmen, staatliche und private Arbeitsvermittlungsstellen – teilgenommen haben. Damit lassen sich die vom Markt nachgefragten beruflichen Kompetenzen besser identifizieren.

In der Ukraine und in der Republik Moldau verbessert sich die Gesundheit der Mütter, Kinder und Säuglinge in den von der DEZA unterstützten Regionen.

930 junge Erwachsene fanden über die organisierten Stellenvermittlungsbörsen eine Anstellung. Die Verbindung von öffentlichen und privaten Vermittlungsstellen – auch Internet-basierte – spielt eine wichtige Rolle. Die Ausweitung auf grössere Projekte in Kosovo und Albanien ist für 2012 geplant.

Wasser und Umwelterziehung

Eine sichere Wasserversorgung trägt entscheidend zur sozialen Stabilität und zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Für 18 Dörfer im Kosovo wurden 2011 acht neue Wasserversorgungssysteme und drei Abwasseranlagen fertiggestellt. Damit kamen insgesamt 45 000 Personen in den Genuss einer ausreichenden Trinkwasserversorgung.

Die Regierung des Kosovo hat die Zuständigkeiten der regionalen Wassergesellschaften und ihre Verantwortlichkeiten gegenüber den Gemeinden geregelt. Hierzu hat eine von der Schweiz mitfinanzierte

Wasserkommission wichtige Vorarbeiten geleistet. Mit DEZA-Unterstützung wurde ein landesweiter Bericht über die Leistungen der Wassergesellschaften erstellt. Der über eine sichere Wasserversorgung verfügende Bevölkerungsanteil konnte in der Berichtsperiode um 5%, die Rechnungsstellung für Wasser um 6% erhöht werden. 30% der Bevölkerung bleiben noch ohne öffentlichen Wasseranschluss, und 36% der Wasserrechnungen sind nicht bezahlt.

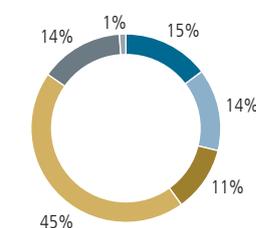
In Mazedonien konnte die Umwelterziehung in die Ausbildungspläne der öffentlichen Schulen eingebaut werden. Eine grössere ökologische Achtsamkeit ist nicht zuletzt auch für die Entwicklung des lokalen Tourismus dringend.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Einer der Schwerpunkte des SECO-Engagements im Westbalkan ist die Infrastrukturfinanzierung in den Bereichen Energie sowie Wasser- und Abwasserreinigung. In Albanien wurde das Programm 2011 mit einer Anlage für Wasserversorgung und Abwasserreinigung in Lezha ergänzt. 46 000 Personen profitieren dadurch von verbessertem Trinkwasser. Ein neues Projekt ermöglicht die Überwachung von Staudämmen entlang der Flüsse Drin und Mat. In Bosnien und Herzegowina wurde das Wasserprojekt in Prijedor erfolgreich abgeschlossen. Hier haben 74 000 Personen Zugang zu sauberem Trinkwasser erhalten.

Um die Wirtschaft in den Partnerländern zu stärken, finanzierte das SECO Projekte zur Verbesserung des Investitionsklimas, der transparenten Bewirtschaftung der öffentlichen Finanzen und der Förderung des Handels. In Serbien wurde die Unterstützung des Finanzministeriums im Budgetierungsprozess abgeschlossen. Das Programm hilft Serbien bei der Umsetzung der EU-Vorschriften für die Führung der Staatsfinanzen und damit auch bei der Erfüllung der Rahmenbedingungen für einen zukünftigen EU-Beitritt.

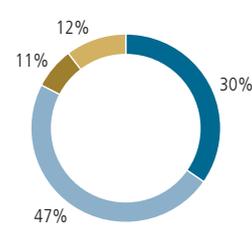
Osteuropa/GUS: DEZA nach Themen 2011¹



- Gesundheit
- Bildung
- Landwirtschaft, Wasser und Umwelt
- Rechtsstaatlichkeit, Demokratie
- Andere (Wirtschaft und Beschäftigung/Konfliktprävention)
- Humanitäre Hilfe

¹ Ohne EU-Erweiterungsbeitrag

Osteuropa/GUS: SECO nach Themen 2011¹



- Privatsektorförderung
- Infrastrukturfinanzierung
- Makroökonomische Unterstützung
- Handelsförderung

¹ Ohne EU-Erweiterungsbeitrag

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – Transitionshilfe

Wasser und ländliche Entwicklung

Im zentralasiatischen Ferghanatal hat die DEZA 2011 zur verbesserten Bewirtschaftung der Bewässerungssysteme auf einer Fläche von 250 000 km² beigetragen. In den betroffenen Gebieten leben gegen drei Millionen Menschen. 4000 Landwirte wurden im effizienten Umgang mit Wasser geschult. Das integrierte Wassermanagement, welches möglichst alle Nutzergruppen eines Einzugsgebietes am Wassermanagement beteiligt, hat als Grundsatz Eingang in die nationale Gesetzgebung Tadschikistans gefunden. Zur Bewirtschaftung des Wassers für die Landwirtschaft wurden in den letzten acht Jahren 160 Nutzergruppen gegründet. Seit dem Jahr 2009 haben in der Republik Moldau 13 000 Personen Zugang zu Trinkwasser und

zur sanitären Grundversorgung erhalten. In Zentralasien waren es in den letzten vier Jahren 95 000 Personen in ländlichen Gegenden und 250 000 Personen in städtischen Gebieten.

In Armenien ist die Zahl der Landwirte, welche tiermedizinische Dienste in Anspruch nehmen, stark gestiegen. In der Folge konnte die Milchproduktion in der betroffenen Region um 15% gesteigert werden. Das durchschnittliche Einkommen der Landwirte wiederum hat um 10% zugenommen. In Georgien wurde die DEZA vom dänischen Aussenministerium eingeladen, ein Programm zur ländlichen Entwicklung im Umfang von gut 11 Millionen Franken zu betreuen. Insgesamt sollen die Projekte in Georgien 400 000 Personen begünstigen, weitere 45 000 Personen in Armenien sowie 50 000 Personen in Aserbaidschan.

Gesundheit und soziale Entwicklung

In Kirgisistan und Tadschikistan hat die DEZA dazu beigetragen, die medizinische Grundversorgung und die Familienmedizin in den Gesundheitsstrategien zu verankern. Mit der Gründung und Ausbildung von 1420 Dorfkomitees in Kirgisistan und dem Einsatz von gegen 1000 Freiwilligen in Tadschikistan ist es gelungen, die Bevölkerung für Gesundheitsfragen zu sensibilisieren. Die öffentlichen Ausgaben für die medizinische Grundversorgung sind gestiegen. 2011 wurden in Tadschikistan rund 60 Familienärzte sowie 135 Krankenschwestern ausgebildet. In den von der DEZA unterstützten Regionen in Kirgisistan sind die Brucellose-Fälle um 50% zurückgegangen, die Fälle von Blutarmut bei Kindern um 20%.

In der Ukraine und in der Republik Moldau verbessert sich die Gesundheit der Mütter, Kinder und Säuglinge in den von der DEZA unterstützten Regionen. In der Republik Moldau wurde das nationale Gesundheitssystem neu organisiert. Dabei wurden die Notfallmedizin und die Intensivmedizin für Kinder regionalisiert. Im Norden und im Zentrum des Landes haben sich die Qualität der medizinischen Dienstleistungen und die Infrastruktur verbessert. Deren Nutzung nahm um 15% zu. Ausserdem wurde die psychische Gesundheit als Modul in den Ausbildungsplan der Ärzte integriert. Verschiedene Innovationen aus DEZA-Projekten fanden Eingang in Verordnungen der Regierungen, so etwa in der Ukraine ein Konzept zur Entwicklung der perinatalen Medizin.

In Tadschikistan profitieren jährlich 5400 Personen von rechtlicher Unterstützung, insbesondere bei Eigentums- und Erbstreitigkeiten. 2350 Opfer von häuslicher Gewalt – vorwiegend Frauen – erhalten Hilfe in speziell dafür geschaffenen Zentren.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Als Reaktion auf die starken Währungsabwertungen beteiligte sich das SECO in den GUS-Ländern an Initiativen zur Förderung von Kreditvergaben in Lokalwäh-

rung und zur Stärkung von lokalen Kapitalmärkten. Um das Kreditausfallrisiko weiter zu senken, wurden regionale Programme zur Entwicklung von Kreditbüros sowie zur Zertifizierung von Risikomanagern lanciert. In Tadschikistan profitieren die kleinen und mittleren

In Zentralasien unterstützt das SECO über 20 Textilbetriebe bei der Verbesserung ihrer Produktivität und beim Zugang zu ausländischen Märkten.

Unternehmen (KMU) von vereinfachten Lizenzregelungen. Die Zahl der Regelungen soll von über 600 auf unter 100 sinken. Damit können die KMU über zehn Millionen Dollar pro Jahr einsparen.

In Zentralasien unterstützt das SECO ausserdem über 20 Textilbetriebe bei der Verbesserung ihrer Produktivität und beim Zugang zu ausländischen Märkten. Mehrere Betriebe konnten an internationalen Messen teilnehmen und neue Verträge aushandeln.

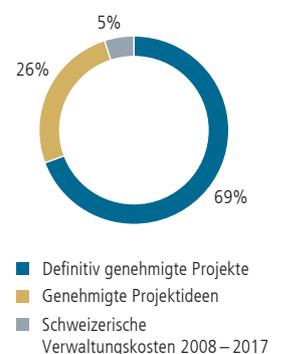
Im Bereich Infrastrukturfinanzierung lag der Akzent auf der Qualität und der Kostendeckung der Wasserversorgung. In Tadschikistan profitieren 40 000 und in Kirgisistan 70 000 Menschen von besserem Trinkwasser. In der Ukraine stand angesichts der enormen Ressourcenverschwendung weiterhin die Steigerung der Energieeffizienz im Mittelpunkt.

Mitteleuropa und Baltikum – Schweizerischer Erweiterungsbeitrag

Die Umsetzung des Erweiterungsbeitrages ist auf gutem Weg. In den zehn Staaten, die 2004 der EU beigetreten sind, hat die Schweiz bis Ende 2011 144 Projekte im Umfang von rund 695 Millionen Franken genehmigt. Die Projekte umfassen beispielsweise die Verbesserung des Gesundheitswesens in Litauen durch die Bereitstellung moderner Infrastruktur für 22 öffentliche Spitäler, ein Mikrokreditprogramm in Lettland für verbesserten Kapitalzugang für KMU oder den Erhalt und nachhaltigen Schutz slowakischer Ökosysteme. In Polen, wo fast die Hälfte des Erweiterungsbeitrages hinfließt, werden unter anderem im strukturschwachen Südosten zehn Projekte finanziert, welche die regionalen Unterschiede innerhalb Polens abbauen und das bestehende lokale Entwicklungspotenzial – dazu zählen lokale Produkte und der Tourismus – fördern.

Bei der Umsetzung erster Partnerschaftsprojekte in Tschechien und Slowenien in den Bereichen Umweltschutz und Sozialwesen kam auch schweizerisches Fachwissen zum Einsatz. Seit 2009 unterstützt die Schweiz zudem die 2007 der EU beigetretenen Länder Bulgarien und Rumänien. 2011 wurden erste Projekte genehmigt, unter anderem in den Bereichen Sicherheit, Forschung, Bildung, öffentlicher Verkehr und Förderung der Zivilgesellschaft. |

Finanzielle Absorption des Erweiterungsbeitrages per Ende 2011



“ Meine Ausbildung war mir immer wichtig, denn den meisten Roma in Paracin fehlt selbst die Grundschulbildung. Ich wollte mir und meiner Familie ein Leben in Würde ermöglichen. Nach dem Gymnasium hätte ich gerne serbische Sprache und Literatur studiert, was aber die Umstände nicht zuließen.

Eines Tages sah ich am Fernsehen einen Beitrag über ein Projekt für benachteiligte Kinder des Roten Kreuzes in Paracin. Es wurden Mitarbeitende gesucht, und so ging ich mich vorstellen. Kinder aus armen Familien haben hier wenig Chancen. Sie leben weit entfernt von der Schule, ihre Eltern sind schlecht gebildet und oft arbeitslos. Ich wollte diesen Kindern helfen, die Schule abzuschliessen und den Schritt in ein besseres Leben zu wagen. Anfänglich war die Arbeit herausfordernd: Es ist nicht einfach, mit Kindern zu arbeiten, die in einem ganz anderen Umfeld aufgewachsen sind als die Mehrheit der Kinder in Serbien. Meine mangelnde Erfahrung machte mich nervös. Das sollte sich jedoch bald ändern: Ich begann mich immer

mehr für die Arbeit mit den Kindern zu interessieren und entdeckte darin meine eigentliche Berufung. So entschied ich mich für eine Weiterbildung für Vorschullehrkräfte in Krusevac.

Die Erfahrungen, die ich aus dem Projekt mitbrachte, waren mir sehr nützlich. Das Gefühl, dass mich die Kinder brauchten, motivierte mich, mein Studium rasch abzuschliessen. Unterdessen haben viele der Kinder im Projekt Lernfortschritte gemacht. In den letzten Jahren haben wir über 80 Kinder in die Grundschule gebracht, und einige von ihnen erzielten sehr gute Noten. Darauf sind wir stolz.



SCHULBILDUNG FÜR ROMA-KINDER IN SERBIEN

Die Kindergärtnerin VIOLETA NIKOLIC stammt aus einer Roma-Familie in Paracin. Das von der DEZA finanzierte Programm für Kinder mit Roma-Herkunft und Kinder mit Behinderung in Serbien verfolgt das Ziel, die ärmste Bevölkerung bis 2015 ins Schulsystem zu integrieren.



TOLOGON JAMALOV lebt in Kirgisistan. Er wurde von einem Experten beraten, welcher über das «Business Advisory Services Programme» der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ausgebildet worden war. Das vom SECO finanzierte Programm unterstützt Unternehmen bei der Suche nach lokalen Beratern für den Aufbau eines Geschäfts.

BIOGAS STATT FEUERHOLZ IN KIRGISISTAN



“ Ich arbeite als Landwirt in einer abgelegenen Region des Bezirks Naryn in Kirgisistan. Mein Sommerweidegebiet liegt in der Region Kochkor, in einer Schlucht mit dem Namen Kurgak. Das Besondere an diesem Weidegebiet sind die raschen Wetterwechsel. Zum Kochen und zum Beheizen meiner Jurte brauche ich Feuerholz. Holz ist in den Bergen allerdings Mangelware, und es ist sehr zeitaufwändig, es zu beschaffen.

Eines Tages hörte ich von der Biogas-Technologie. Das Biogas würde mir erlauben, meine Arbeit effizienter zu verrichten und die Produktionskosten zu senken. Die Biogas-Anlagen, die ich kannte, waren jedoch allesamt feste Installationen, die für mich nicht in Frage kamen. So kam ich auf die Idee, eine mobile Biogas-Anlage zu bauen, die ich leicht in mein Sommerweidegebiet transportieren könnte. Mit meiner Idee ging ich zu einem Berater, einem bekannten Förderer der Biogas-Technologie. Meine ausgefallene Idee überraschte ihn: Solch mobile Anlagen gab es in Kirgisistan noch nirgendwo, vielleicht auch im Rest der Welt nicht. Es gelang mir, ihn vom Bau einer solchen Anlage zu

überzeugen. Ein alter sowjetischer Tankwagen diente als Basis.

So kam ich zur ersten mobilen Biogas-Anlage in Kirgisistan. Die Anlage verfügt über eine Solaranlage zur Erhitzung von Wasser und produziert sowohl Methan-Gas als auch Heisswasser und Dünger. Das Prinzip ist einfach: Der Mist der Tiere wird in den Reaktor der Anlage eingefüllt, wo es zu einer Vergärung kommt. Die Anlage kann pro Tag 300kg Mist verarbeiten und produziert in einem Jahr knapp 60 Tonnen Bio-Dünger und 1800m³ Biogas.

Ich bin sehr froh, denn die Anlage macht das Beheizen meiner Wohnstätte und das Kochen einfacher. Den Dünger verwende ich für meinen Gemüsegarten und erhöhe damit die Bodenfruchtbarkeit. Andere Landwirte haben grosses Interesse an der Technologie gezeigt. Nun möchte ich meinen Berater überzeugen, eine mobile Windstromanlage zu bauen. Das würde mein Leben noch ein Stück einfacher machen, denn auf dem Bauernhof fällt der Strom oft aus, und auf der Weide gibt es gar keinen.



Multilaterale Zusammenarbeit

Die multilaterale und die bilaterale Zusammenarbeit ergänzen sich. Die Aushandlung globaler Klima- und Umweltstandards, die Eindämmung von Epidemien oder die Bewältigung von Krisen und Katastrophen erfordern starke multilaterale Organisationen. Die Schweiz gestaltet ihre Politiken aktiv mit.

Globale Herausforderungen beeinflussen die Entwicklungschancen armer Länder und nehmen in der Armutsbekämpfung an Bedeutung zu. Die multilateralen Organisationen verfügen über das nötige technische und finanzielle Volumen, das Gewicht und die Erfahrung, um auf Länderebene wie auch in der internationalen Zusammenarbeit erfolgreich Massnahmen zu koordinieren und umzusetzen. Die internationalen Finanzierungsinstitutionen (Weltbank, Regionalbanken), die UNO-Organisationen und die globalen Netzwerke beeinflussen die Politik der Regierungen der armen Länder stark.

Multilaterale Organisationen sind wichtige Träger von Wissen und Knowhow. Der Weltentwicklungsbericht 2011 der Weltbank behandelt zum Beispiel das Thema Konflikt, Sicherheit und Entwicklung und formuliert Empfehlungen, wie fragile Situationen überwunden und nachhaltige Entwicklung gefördert werden können. In einem weiteren Bericht legte die Weltbank die zentrale Rolle der Frau in Entwicklungsprozessen dar. Chancengleichheit von Mann und Frau wirkt sich positiv auf das wirtschaftliche Wachstum aus.

Beteiligung der Schweiz

Die Schweiz trägt zur Bewältigung globaler Herausforderungen bei. Sie ist in den Leitungs- und Aufsichtsorganen der internationalen Finanzierungsinstitutionen und UNO-Organisationen vertreten, die sie mit finanziellen Beiträgen unterstützt. Die schweizerischen Interessen können in die Entscheidungsprozesse eingebracht werden. Die DEZA und das SECO nehmen Einfluss auf die Politiken und Programme der multilateralen Organisationen zur Armutsbekämpfung, zur Krisenbewältigung und zur Bewältigung globaler Herausforderungen.

Im Februar 2011 hat das Parlament entschieden, die Mittel der öffentlichen Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,5% des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen.

In der Aufstockung sind zusätzliche 272 Millionen Franken für das Engagement der Schweiz im Rahmen des Afrikanischen Entwicklungsfonds, des UNO-Entwicklungsprogramms (UNDP) sowie der multilateralen Entschuldungsinitiative enthalten.

Die Verhandlungen zur Wiederauffüllung des Entwicklungsfonds der Weltbank (International Development Association, IDA 16) wurden erfolgreich abgeschlossen. 2011 hat der Bundesrat einen Beitrag von knapp 600 Millionen Franken an IDA 16 für die kommenden drei Jahre verabschiedet.

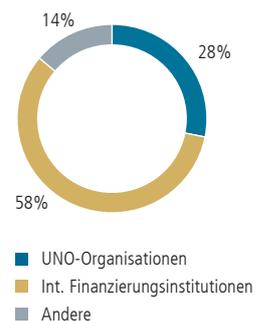
Zusammenarbeit in Krisensituationen

Die Weltbank und das UNO-System haben sich 2011 für eine stärkere Zusammenarbeit in Krisensituationen ausgesprochen. Die finanziellen und technischen Mittel, um Krisen zu bewältigen und die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen zu schützen, können dadurch besser koordiniert und wirksamer ausgestaltet werden. Die Schweiz hat die Koordinationsanstrengungen namentlich in fragilen Kontexten und in Konfliktsituationen unterstützt.

Seit einigen Jahren unternehmen die multilateralen Organisationen grosse Anstrengungen, um die Unterstützung effizienter zu gestalten und über die erreichten Resultate Rechenschaft abzulegen. Die Schweiz ist Partnerin des Netzwerks zur Messung der Resultate der multilateralen Organisationen (MOPAN).

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an der Reform des UNO-Systems. Sie hat 2011 die Ausarbeitung der ECOSOC-Resolution zu den operationellen Tätigkeiten mit unterstützt, wobei besonderes Gewicht auf den Aufbau eines ergebnisorientierten Managements sowie auf die Bearbeitung der Thematik «Transition in Post-Konflikt-Ländern» gelegt wurde. ECOSOC ist das zentrale Organ zur Koordination der wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeiten der verschiedenen UNO-Organisationen.

Multilaterale APD der Schweiz 2011



«Grüne Wirtschaft» und Armutsbekämpfung

Im Vorfeld zur UNO-Konferenz über nachhaltige Entwicklung (Rio+20) hat die Schweiz 2011 Vorschläge eingebracht, wie das Konzept der «grünen Wirtschaft» umgesetzt werden kann. Sie hat dabei entwicklungspolitische Aspekte wie nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, nachhaltiges Wassermanagement und Energieversorgung sowie nachhaltige Bewirtschaftung von Ökosystemen betont. Die Konferenz findet im Juni 2012 in Rio de Janeiro statt. Neben der Entwicklung einer «grünen Wirtschaft» im Kontext der nachhaltigen Entwicklung und der Armutsreduktion stehen die institutionellen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung als zweites Thema auf der Agenda.

Multilaterale humanitäre Hilfe

Die Humanitäre Hilfe setzte zwei Drittel der verfügbaren Mittel über das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), verschiedene UNO-Organisationen sowie regionale Institutionen ein. Die Schweiz leistete dabei Finanz- und Sachbeiträge. Darüber hinaus stellte die Humanitäre Hilfe multilateralen Organisationen Spezialistinnen und Spezialisten zur Verfügung, zum Beispiel im Trinkwasserbereich oder in der Logistik.

Als Mitglied der UNO-Organisationen setzte sich die Schweiz aktiv für das humanitäre Völkerrecht und die Wahrung der humanitären Grundsätze Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit ein. Im Zuge der UNO-Reformen beteiligte sie sich an den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, die humanitären Leistungen besser zu koordinieren, die Hilfsmechanismen auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene zu stärken und eine wirksame Hilfe zu gewährleisten. 2010–2011 präsidierte die Schweiz die «Good Humanitarian Donorship»-Gruppe. 39 Geberstaaten haben vereinbart, die humanitären Prinzipien und die operationellen Arbeitsgrundsätze der humanitären Hilfe weltweit durchzusetzen. Die Humanitäre Hilfe des Bundes bekräftigte mit der Präsidentschaft ihren Willen, international vermehrt Einfluss zu nehmen. Die Schweiz legte einen besonderen Akzent auf den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten sowie auf die Umsetzung der humanitären Prinzipien in der täglichen Arbeit. Die Plattform ermöglicht es, das Vorgehen der humanitären Geber zu harmonisieren.

Die Humanitäre Hilfe konzentrierte die Zusammenarbeit auf ausgewählte Partnerorganisationen, darunter das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), das Welternährungsprogramm (WFP), das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR), das UNO-Koordinationsbüro für humanitäre Angelegenheiten (OCHA) und das UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF). |

Die heute 10-jährige SAÏFATH lebt im von UNICEF unterstützten «Laura Vicuna Center for Child Rehabilitation» in Cotonou, Benin. Das Zentrum kümmert sich auch um die Reintegration der Kinder in ihre Familien oder bei Verwandten. Um Dramen wie dasjenige von Saïfath zu vermeiden, hat Benin – mit Unterstützung von UNICEF – eine nationale Kinderschutzpolitik, ein Gesetz gegen den Kinderhandel und die notwendigen legalen Instrumente zu deren Umsetzung verabschiedet. Die Schweiz unterstützt UNICEF auf globaler Ebene mit einem jährlichen Beitrag von 20 Millionen Franken.



«ICH MUSSTE SCHUHE VERKAUFEN UND HABE SELBER NIE WELCHE GETRAGEN.»

“ Geboren wurde ich in einer armen Familie in Kpédékpo, einem Dorf im Süden von Benin. Als ich fünf Jahre alt war, gab mich mein Vater zum ersten Mal in die Obhut eines Betreuers in der Stadt Cotonou. Dieser hatte meinem Vater Geld und ein besseres Leben für mich versprochen. Weil ich aber schlecht behandelt wurde und nie Geld kam, platzierte mich mein Vater noch bei zwei anderen Betreuern.

Da jedesmal das Gleiche geschah, holte er mich zurück. Als ich acht Jahre alt war, versprach eine entfernte Tante, mich in Cotonou in die Schule zu schicken. Meine Eltern liessen mich mit ihr gehen. Sie hielt ihr Versprechen aber nicht. Jeden Morgen musste ich zuerst im Haushalt arbeiten und dann meine Tante zum Markt begleiten, um dort mit ihr Schuhe zu verkaufen. Selber war ich immer barfuss unterwegs. Sie gab mir nur einmal am Tag Cassava

(Maniok), und so plagte mich oft der Hunger. Am Abend musste ich wieder im Haushalt arbeiten. Wenn ich nicht folgsam war, schlug sie mich. Ich wurde ganz dünn und war immer müde und traurig.

Eines Tages fragte mich eine Nachbarin auf dem Markt, warum ich so müde sei. Die Tante erwischte mich beim Gespräch und bestrafte mich am Abend dafür. Am nächsten Tag waren mein Auge geschwollen und mein Arm gebrochen. Die Frauen auf dem Markt trennten mich von meiner Tante. Zwei Stunden später kam jemand vom Kinderschutzdienst und brachte mich ins Heim. Hier bekomme ich genug zu essen, werde nicht geschlagen und darf zur Schule gehen.





Chaiwan Khalaf Mohammed, 11, steht auf dem Dach ihres Hauses in einer von Kurden bewohnten Region im Irak. Während Satellitenschüsseln und Fernseher billig zu haben sind, ist der Diesel für den Generator sehr teuer. Die Dorfbewohner legen ihr Geld zusammen, um den Gemeinschaftsgenerator täglich ein oder zwei Stunden zu betreiben.

Globale Herausforderungen

Grenzüberschreitende Herausforderungen wie Klimawandel, Wasserknappheit, Ernährungsunsicherheit oder Migration können allein mit nationalen Gesetzen und Massnahmen nicht gelöst werden. Die Bewältigung dieser globalen Probleme wird zu einem wichtigen Teil der internationalen Zusammenarbeit und wird auch ihre Arbeitsformen verändern.

Mit Globalprogrammen treibt die DEZA in internationalen Gremien und multilateralen Fonds Lösungen voran und lanciert innovative Pilotprojekte zur Politikbeeinflussung, gerade auch in Schwellenländern. Sie arbeitet dabei eng mit den Fachämtern anderer Departemente zusammen. Das SECO hat sich 2011 namentlich in den Bereichen Klimawandel, Wasser und Migration engagiert. Die Globalprogramme ergänzen die bilaterale und die multilaterale Zusammenarbeit der Schweiz. Ab 2013 sollen sie noch mehr Gewicht erhalten.

Klimawandel

Die Entwicklungsdynamik in Asien, Afrika und Lateinamerika ist vom Klimawandel stark betroffen. Er gefährdet die bereits erreichten Entwicklungsfortschritte. Massnahmen zur Anpassung gehen immer mehr mit der Armutsbekämpfung Hand in Hand: Wenn in ländlichen Regionen die Einkommensgrundlagen ausgeweitet werden, macht dies Menschen bei klimabedingten Ernteausfällen nicht nur weniger verwundbar, sondern es verringert auch ihre Armut.

Nationale Fortschritte bei der Anpassung an den Klimawandel und bei der CO₂-Reduktion sind eine wichtige Ergänzung der noch immer schwachen globalen Klima-Regelungen. In Indien wurden mit Unterstützung der DEZA mehrstufige Dialoge zu den Klimaauswirkungen organisiert. Dabei wurden die Erfahrungen der Bevölkerung an die höchste Ebene der Politik weitergegeben. Dieses Vorgehen stiess auf gutes Echo. Der Prozess gipfelte in der Übergabe eines nationalen Aktionsplans an das Parlament. Die Klima-Vorschläge fliessen ausserdem

in die Vorbereitungen zum neuen Fünfjahresplan Indiens 2012–2016 ein.

Eine hochrangige Delegation chinesischer Klimafachleute besuchte 2011 die Schweiz und informierte sich im Einzelnen, wie der Klimawandel in der Gesetzgebung und mit der CO₂-Abgabe angegangen wird. Der Zugang zu den Schweizer Erfahrungen im Umweltbereich erlaubt es China, informierte Entscheidungen in der Klimapolitik zu treffen und manche Fehler im Vorhinein zu vermeiden. Sowohl das chinesisch-britisch-schweizerische Programm zur Anpassung an den Klimawandel als auch die von der DEZA geförderte Arbeit mit klimafreundlichen Städten dienen als Ideenquellen. Während in Chinas Fünfjahresplan 2006–2010 CO₂-arme Entwicklungspfade kein Thema waren, sind sie im neuen Plan 2011–2015 eine Priorität. Das SECO unterstützt seit 2011 die Umsetzung des Plans, indem es verlässliche Kennzahlen zur Energieeffizienz von Konsumgütern bereitstellt.

Das SECO intensivierte 2011 die Ursachenbekämpfung des Klimawandels. Zusammen mit der Weltbank förderte es ein nachhaltiges Tropenwaldmanagement, die Verbreitung erneuerbarer Energien in ärmeren Entwicklungsländern (Äthiopien, Honduras, Kenia, Mali und Nepal) sowie die Ausrüstung von Industrie, Verkehr oder Gebäuden mit klimafreundlicheren Technologien, wobei für die Finanzierung der internationale CO₂-Zertifikatehandel genutzt wird. In Rumänien wurde zuerst in Iași und nun auch in Bukarest die Fernwärmeversorgung modernisiert. Die erhöhte Energieeffizienz vermindert Treibhausgasemissionen und bietet den beiden Städten mit insgesamt 2,25 Millionen Einwohnern bessere Lebensbedingungen dank einer zuverlässigen und konkurrenzfähigen Wärme- und Warmwasserversorgung.

Ernährungssicherheit

Rund eine Milliarde Menschen sind von Hunger betroffen, noch weit mehr von Unter- oder Fehlernährung. Das Bevölkerungswachstum und der Klimawandel erhöhen den Druck auf die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen und die Produktion von Nahrungsmitteln. In den Schwellenländern bleibt der beschränkte Zugang zu Nahrungsmitteln eine der Ursachen für politische Umwälzungen. Gleichzeitig gewinnen Land und Nahrungsmittel zunehmend als Investitions- oder Spekulationsobjekte an Attraktivität.

Die Produktion und die zuverlässige Verteilung von Nahrungsmitteln bleiben eine schwierige Aufgabe. Das DEZA-Globalprogramm Ernährungssicherheit stärkt und vernetzt öffentliche Institutionen im Bereich der landwirtschaftlichen Forschung und Beratung – in der Schweiz und international. In Asien haben dank der Unterstützung der DEZA über die letzten 15 Jahre über 500 000 Reisbauern ihre Erträge langfristig erhöhen können.

Das Globale Komitee für Ernährungssicherheit hat bei der – heute noch freiwilligen – globalen Regulierung von Landinvestitionen dank dem direkten Einbezug von betroffenen Bauernorganisationen aus Entwicklungsländern erste Erfolge erzielt. Die DEZA hat den Prozess unterstützt.

In Asien können sich Kleinbauern gegen Einkommenseinbussen durch Trockenheit oder Überschwemmungen versichern. In Uganda und Simbabwe erhalten Kleinbauern dank mobiler Technologien besseren Zugang zu Beratungsdienstleistungen. Beim nachhaltigen Pflanzenschutz wird die Zusammenarbeit von Forschung und Beratung in mehreren Ländern mit Pflanzenkliniken auf Dorfebene gefördert. Die Erfahrungen werden später die Ausdehnung der Projekte auf Länder mit schwierigeren natürlichen und politischen Rahmenbedingungen erlauben.

In Zusammenarbeit mit internationalen Forschungs- und schweizerischen Fachorganisationen konzentriert sich das Globalprogramm weiterhin auf die Nachhaltigkeit kleinbäuerlicher Produktionsstrukturen, die für die ländliche Wirtschaftsentwicklung eine wichtige Triebkraft sind.

Migration

Weltweit sind 3% der Bevölkerung Migrantinnen und Migranten – das entspricht 214 Millionen Menschen. Davon sind die Hälfte Frauen. 16 Millionen gelten als Flüchtlinge. Hinzu kommen rund 26 Millionen intern Vertriebene. 90% der Migration findet laut Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Zwecke der Arbeit statt.

Migrantinnen und Migranten schicken jährlich über 325 Milliarden US-Dollar an ihre Angehörigen und leisten damit – zusammen mit den Kompetenzen, die sie in ihre Herkunftsländer zurückbringen – einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung.

Die internationale Zusammenarbeit hat dies erkannt und bezieht Migration vermehrt in ihre Programme

ein. Dabei sollen die negativen Seiten von Migration wie etwa Ausbeutung vermindert und das Potenzial für die Entwicklung besser genutzt werden. Auf der politischen Ebene müssen hierzu Wirtschafts-, Migrations- und Entwicklungspolitik aufeinander abgestimmt werden.

Der Vorsitz im «Global Forum on Migration and Development» bot der Schweiz 2011 eine gute Plattform, um international eine vertiefte Auseinander-

In Asien haben dank der Unterstützung der DEZA über die letzten 15 Jahre über 500 000 Reisbauern ihre Erträge langfristig erhöhen können.

setzung mit Themen wie Arbeitsmigration, irreguläre Migration und Instrumente der Migrationspolitik voranzutreiben. Dies hat in vielen Ländern – auch in der Schweiz – dazu beigetragen, dass Migrantinnen und Migranten nicht länger nur als Schutzbedürftige, sondern auch als Entwicklungsakteure wahrgenommen werden.

In Nepal, Bangladesch und Sri Lanka unterstützt die DEZA die Umsetzung von umfassenden Arbeitsmarktpolitiken. Im Mittleren Osten setzt sie sich für den rechtlichen Schutz von Arbeitsmigrantinnen und -migranten ein. Damit will sie erreichen, dass Migrantinnen und Migranten in ihren Herkunftsländern mehr zur Armutsreduktion in ihren Familien und in ihrem Umfeld beitragen können.

Eine neue Migrationspartnerschaft mit Nigeria hat wesentlich zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern und zu einer Entspannung im Asylbereich beigetragen.

Das SECO nutzt das Potenzial der Migration gezielt für die wirtschaftliche Entwicklung in den Herkunftsländern. So ermöglichte beispielsweise der «Start-up Fund» (SSF) einem schweizerisch-bosnischen Investor die Gründung einer Näherei in seiner alten Heimat, wodurch 180 Stellen geschaffen wurden.

Wasser

Das Horn von Afrika war im Sommer 2011 von einer akuten Wasserkrise betroffen. Diese regionale Krise ist symptomatisch für die zunehmende Wasserknappheit weltweit. Bereits heute führt Wassermangel vielerorts zu sozialen und zwischenstaatlichen Konflikten.

Unter der Bezeichnung «Blue Peace» hat die DEZA einen Prozess lanciert, der die Länder des Mittleren Ostens vereint, um ein gemeinsames grenzüberschreitendes Wassermanagement auszuhandeln. Ein erster Runder Tisch, der in Genf organisiert wurde, fand international viel Beachtung, auch in den betroffenen Ländern selbst. Es wurden erste Schritte zur Einsetzung

einer gemeinsamen Wasserbehörde aller Länder vereinbart. Das neue «Water Diplomacy»-Programm der DEZA hilft, die Datenbasis und die Verhandlungskapazitäten der Wasserbehörden in zwölf grossen grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebieten zu verbessern. In fünf ostafrikanischen Wassereinzugsgebieten wurden bereits grenzüberschreitende Wasserbehörden gegründet. Bei ihren Verhandlungen über die gemeinsame Nutzung von Flüssen konnten sich die Behörden auf solide aufgearbeitete Daten abstützen.

In Zentralamerika sowie in Westafrika haben 6000 Bauernfamilien kostengünstige Mikro-Bewässerungssysteme angeschafft und erwirtschaften damit höhere und qualitativ bessere Erträge. In Zentralamerika werden die Tropf- und Sprinklerbewässerungssysteme bereits lokal hergestellt und verkauft. Die Kontinuität des Programms ist auch ohne die Unterstützung der DEZA garantiert.

Das SECO hat in der Stadt Prijedor in Bosnien und Herzegowina die Verbesserung der Wasserversorgung unterstützt. Durch die Erschliessung neuer Wasserquellen, die Instandsetzung des bestehenden Leitungsnetzes und die Einführung eines kostendeckenden Tarifsystems erhielten 74 000 Personen Zugang zu mehr und besserem Wasser. Dazu zählen auch 23 000 Rückkehrende. Für ihre erfolgreiche Wiedereingliederung ist eine zuverlässige Wasserversorgung vordringlich.

Wirtschaftliche Gouvernanz

Wirtschaftliche Gouvernanz umfasst alle Massnahmen, welche die Verantwortlichkeit und Transparenz wirtschaftlichen Handelns fördern. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für eine langfristig wachstums- und beschäftigungsfördernde Volkswirtschaft, aber auch ein wirksames Mittel zur Korruptionsbekämpfung. Deshalb steht die Förderung und Stärkung der wirtschaftlichen Gouvernanz im Zentrum der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei global koordinierten Anstrengungen wie der «Extractive Industries Transparency Initiative» (EITI). Dabei verpflichten sich multinationale Firmen, die Nutzungsgebühren für Rohstoffkonzessionen in Entwicklungsländern öffentlich zu machen. Gleichzeitig legen auch Regierungen ihre Einnahmen aus den Konzessionen offen.

Mit Hilfe des SECO, welches vertiefte Untersuchungen zu den Steuereinnahmen aus der peruanischen Bergbau- und Erdölindustrie finanziert, wird Peru als erstes Land in Lateinamerika in die Gruppe der «EITI-konformen» Länder aufgenommen. Für dieses Engagement wurde die Schweiz nicht nur von der peruanischen Regierung, sondern auch auf internationaler Ebene prominent gelobt. |

«International Development Enterprises» (IDE) bauen unter dem Namen «IDEal Tecnologías» eine Sozialunternehmung auf, die lokal günstige Tropfbewässerungssysteme und Fusspumpen produziert und über eine nachhaltige Verkaufskette in die Dörfer verkauft. Unterstützt wird IDE dabei von der DEZA und dem Nachhaltigkeitsfonds von COOP. Mit Tropfbewässerung kann bis zu 70% Wasser gespart werden, womit ein Beitrag an die drohende Wasserkrise in vielen Gegenden geleistet wird. Das Globalprogramm Wasser der DEZA lanciert weltweit die Produktion und Vermarktung entsprechender Systeme.

MIT TROPFBEWÄSSERUNG GEGEN DIE MAGEREN MONATE

“ Mein Name ist Abraham Zeledón. Ich arbeite bei der Fair Trade Genossenschaft UCA San Ramón in der Nähe von Matagalpa, dem Zentrum des Kaffeeanbaus von Nicaragua. Im Moment sind die Kaffeepreise so hoch wie noch nie. Doch unsere Bauern wissen, dass der nächste Preiszerfall mit Sicherheit kommt. Wir fördern deshalb die Diversifikation, damit wir nicht nur vom Kaffee abhängig sind. Mit einem Gemüsegarten kann ein Kaffeebauer sein Einkommen steigern und auch besser über das Jahr verteilen. Der Kaffee wirft nur während der fünfmonatigen Erntezeit Geld ab.

Während der übrigen sieben Monate hat ein Kaffeebauer nur Ausgaben, unter anderem für Dünger. Das sind die mageren Monate, während derer viele unserer Familien den Gürtel massiv enger schnallen müssen und sehr oft Hunger leiden. Auch reicht dann vielfach das Geld nicht, um die Kinder in die Schule zu schicken.

Wir werden nun die kostengünstigen Tropfbewässerungssysteme von «IDEal Tecnologías» in unseren Gemüseärten testen und dann als Wiederverkäufer an unsere Mitglieder verkaufen. Damit hoffen wir, dass die mageren Monate in der Kaffeegend bald Geschichte sein werden und wir nicht mehr Hunger leiden müssen. ”

“ Ich heisse Celia Sandoval und wohne in Tipitapa, in der Nähe von Managua, Nicaragua. Zuhause muss ich neun hungrige Mäuler versorgen. Im letzten Frühling habe ich für je 300 Cordobas (15 Franken) zwei kleine Tropfbewässerungssysteme für meinen Hausgarten gekauft. Der Ertrag an Tomaten und Peperoni ist mehr als 100 Franken wert. Ich verkaufe das Gemüse nicht: Denn es wird alles zu Hause aufgegessen. Doch nun muss ich nichts mehr dazu kaufen. ”



Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Regierungsanhängern und der Opposition haben 2011 in Jemen zahlreiche Opfer gefordert. Flüchtlings- und Migrationsströme vom Horn von Afrika, weitverbreitete Armut und Unsicherheit sowie Wassermangel erschweren den Alltag der Bevölkerung zusätzlich.



Partnerschaften

Die DEZA und das SECO arbeiten eng mit Nichtregierungsorganisationen (NGO), der Privatwirtschaft, der Forschung und weiteren Partnern zusammen. Damit können verschiedene Kompetenzen und Erfahrungen für die internationale Zusammenarbeit bestmöglich genutzt werden.

Der Einbezug von nichtstaatlichen und privatwirtschaftlichen Leistungs- und Wissensträgern ist unabdingbar, um die Ziele der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz erreichen zu können. Partnerschaften können zudem dazu beitragen, das Wissen über Entwicklungsfragen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu vertiefen.

Partnerschaften mit NGO umfassen neben der programmatischen Zusammenarbeit auch einen vertieften Wissensaustausch und einen entwicklungspolitischen Dialog. Partnerschaften mit dem Privatsektor dienen der Nutzbarmachung von Ressourcen und Kompetenzen des Privatsektors für Entwicklungsziele sowie der Förderung von entwicklungsfreundlichen Geschäftsmodellen.

Die DEZA setzt in der Zusammenarbeit mit NGO ein neues Vergabeverfahren für Programmbeiträge um. Sämtliche Partnerschaften wurden überprüft. Im Vordergrund standen Aspekte der Kompetenz, der Organisationsstruktur sowie der Management- und Leistungssysteme der NGO. Die Überprüfung der Qualifikationen und die Beitragsverhandlungen wurden getrennt. Die Verhandlungen konnten so stärker auf die Programminhalte ausgerichtet werden. Das neue Verfahren schafft die Grundlage für eine vertiefte Zusammenarbeit, um den zivilgesellschaftlichen Beitrag zur Armutsreduktion und zu sozialer Gerechtigkeit sowie zur Stärkung demokratischer Prozesse und zum Erhalt öffentlicher Güter zu fördern. Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats hat die Massnahmen der DEZA zur Optimierung der Mandatsvergabe und der Verhandlung der Beiträge positiv bewertet. Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Beitragsvergabe seien damit erhöht worden.

Das SECO setzt bei seinen Partnerschaften auf Kontinuität. Die Zusammenarbeit mit Schweizer Hochschulen im Bereich öffentliche Finanzen sowie in wirtschaftspolitischen und handelsrechtlichen Fragen wurde fortgesetzt. Für die Umsetzung von Massnahmen zur Förderung von Importen aus Entwicklungsländern wurde das Mandat mit dem Kompetenzzentrum für Schweizer Aussenwirtschaftsförderung (Osec) erneuert. Bewährt haben sich auch die öffentlich-privaten Partnerschaften im Infrastrukturbereich sowie im Bereich der Privatsektorförderung. |

Organisationsaspekte

Die DEZA hat Managementaufgaben in die Aussenstellen verlagert. Die Umsetzung der Reorganisation wird bis Ende 2012 abgeschlossen sein. Auch das SECO hat die Zusammenarbeit zwischen der Zentrale und den lokalen Vertretungen weiter optimiert.

Weiterbildungsmassnahmen sowie die verstärkte Zusammenarbeit in thematischen Netzwerken, zwischen EDA-Stellen und weiteren Einheiten der Bundesverwaltung führten zu Qualitätsverbesserungen bei den Programmen und Projekten. Die Wirkungsorientierung in der Planung von Projekten und Kooperationsprogrammen sowie in der jährlichen Berichterstattung der Aussenstellen konnte verstärkt werden. An die Aussenstellen wurde die Verantwortung für die operationelle Umsetzung sowie das lokale Finanz- und Administrationsmanagement übertragen. Das interne Risikomanagement konnte verbessert werden.

Die Präsenz der Schweiz vor Ort wurde verstärkt, und die Arbeitsteilung zwischen der Zentrale und den Aussenstellen weiter vorangetrieben. In Zukunft steht die institutionelle Stärkung der Projektpartner in Sachen Wirkungsorientierung im Vordergrund.

Externe Dienstleistungen werden vermehrt im Rahmen wettbewerblicher Vergaben beschafft. Zur Förderung der Transparenz und des Wettbewerbs werden auch nicht ausschreibepflichtige Aufträge in der Höhe von 20 000–150 000 Franken im Internet publiziert.

Im Rahmen eines Dienststellenbesuchs bei der DEZA informierte sich die Subkommission EDA-VBS der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats im Oktober 2011 über die durchgeführten Massnahmen und die bislang erreichten Resultate der Reorganisation.

Die Leitungsstellen der Direktionsbereiche Regionale Zusammenarbeit, Globale Zusammenarbeit sowie Humanitäre Hilfe und SKH wurden neu besetzt.

Das SECO hat das Projektportfolio in seinen sieben Schwerpunktländern des Südens (Ghana, Ägypten, Südafrika, Peru, Kolumbien, Vietnam und Indonesien) auf der Grundlage der 2009 vom Bundesrat verabschiedeten Strategien für die wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter konsolidiert. Auf eine konsequente Evaluation der Programme wurde Wert gelegt. Im Schwerpunktland Ägypten sowie in Tunesien wurde der Personalbestand aufgestockt. Im Rahmen einer ergebnisorientierten Zusammenarbeit stellt ein Leitfaden die optimale Arbeitsteilung zwischen der Zentrale und den lokalen Vertretungen im Süden und Osten sicher. |



Fragil Die Bildauswahl im Jahresbericht 2011 rückt Menschen in fragilen Kontexten ins Zentrum: von Ungewissheit geprägte Leben, bedrohte Gleichgewichte. Die Bilder sind zugleich konkrete Beschreibungen der gegenwärtigen politischen Lage in zahlreichen Entwicklungsländern. Und sie zeigen, dass es auch unter fragilen Bedingungen einen Alltag gibt – dass es ihn geben muss. Erst die Zukunft wird zeigen, ob aus den Träumen und dem Engagement vieler einzelner Menschen – Betroffener und Aussenstehender – eine gemeinsame Kraft entsteht, welche die Fragilität in diesen Ländern zu überwinden vermag.

Impressum

Herausgeber:
Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Freiburgstrasse 130
3003 Bern
Telefon +41 31 322 44 12
www.deza.admin.ch
info@deza.admin.ch

Eidg. Volkswirtschaftsdepartement EVD
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern
Telefon +41 31 324 09 10
www.seco-cooperation.admin.ch
info@seco-cooperation.ch

Redaktion/Koordination/Statistik:
Direktionsstab DEZA
SECO Kooperation

Grafik/Konzept:
Bruno Caderas, Zürich
www.caderas.ch

Fotos:
Titelseite Antonio Bolfo/Getty Images
Seite 8 Adam Ferguson/VII
Seite 10 Fernando Molerés/Panos
Seite 16 Seamus Murphy/VII
Seite 20 Gopal Chitrakar
Seite 26 Antonio Bolfo/Getty Images
Seite 30 3rd Eye Photojournalism Center/Basir Seerat
Seite 37 Peter DiCampo/VII Mentor Program
Seite 41 Samuel Aranda/Corbis

Projektfotos:
Seite 14 DEZA
Seite 15 DEZA/Troisi Del Medico, Hammam Amro
Seite 19 SECO
Seite 24 DEZA, SECO
Seite 29 SECO, DEZA
Seite 34 DEZA, SECO
Seite 36 UNICEF
Seite 40 DEZA/Urs Heierli

Druckerei:
Werner Druck AG
4001 Basel

Der Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch
Englisch und Italienisch erhältlich.
Weitere Exemplare können bestellt werden bei
info@deza.admin.ch oder über
Telefon +41 31 322 44 12

Bern 2012

Statistik 2011

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO



Diese Broschüre beinhaltet zwei Teile:

- die Zahlen der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz
- die für die internationale Zusammenarbeit aufgewendeten Gelder der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Öffentliche Entwicklungshilfe (APD): Erklärungen

- Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) umfasst gemäss internationaler Definition alle Finanzströme an Entwicklungsländer und -regionen (zurzeit 148) sowie an multilaterale Entwicklungsorganisationen, die (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen; (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen; (iii) zu Vorzugskonditionen gewährt werden.
- Die Leistungen der Geberländer des Entwicklungshilfeeusschusses (DAC) der OECD werden in der Regel anhand der Prozente der APD bezogen auf das **Bruttonationaleinkommen (BNE)** gemessen.
- Um die Vergleichbarkeit und die Transparenz der APD-Leistungen seiner 23 Mitgliedstaaten sicherzustellen, hat der DAC umfassende statistische Richtlinien ausgearbeitet, welche die Berechnungsgrundlagen der Mitgliedsländer regeln. Diese Richtlinien definieren die Aktivitäten und die Beträge, die als APD deklariert werden dürfen. Die Richtlinien werden periodisch aktualisiert.
- Die **APD-Leistungen der Schweiz** umfassen im Wesentlichen die Ausgaben der DEZA und des SECO, der zwei Organe, die mit der Ausführung des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe und des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas beauftragt sind. Weitere Bundesämter sowie 25 Kantone und rund 200 Gemeinden beteiligen sich ebenfalls an der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Entsprechend der Berechnungspraxis des DAC berücksichtigt die Schweiz in ihrer APD seit mehreren Jahren auch die bilateralen Entschuldungsmassnahmen (im Rahmen des Pariser Klubs) und die Kosten für die Hilfe an Asylsuchende aus Entwicklungsländern während ihres ersten Jahres in der Schweiz.

Fachliche Anmerkungen

- Es wird nicht automatisch die Gesamtheit der jährlichen Ausgaben der DEZA und des SECO, die in der Staatsrechnung aufgeführt sind, in den Statistiken der APD abgebildet. Gemäss den internationalen Richtlinien müssen gewisse statistische Anpassungen vorgenommen werden (nicht inbegriffen sind Zahlungen an Länder und Organisationen, die nicht auf der Liste der Entwicklungsländer aufgeführt sind; andere Berechnungsmethode für spezifische multilaterale Beiträge).
- Die Beteiligung der DEZA und des SECO an der Erweiterung der Europäischen Union (EU) wird in dieser Broschüre nicht im Detail aufgeführt, da nicht als APD anrechenbar. (siehe www.erweiterungsbeitrag.admin.ch)

Verwendete Zeichen

- | | | | |
|-----|-------------------------------------|---|------------------------|
| 0.0 | = Betrag ist kleiner als 50 000 Fr. | p | = provisorische Zahlen |
| – | = Betrag ist null | r | = revidierte Zahlen |
| .. | = keine Angaben | | |

Detailliertes Zahlenmaterial findet sich in der jährlich erscheinenden Broschüre «Entwicklungshilfe der Schweiz» der DEZA und auf den Internetseiten der DEZA und des SECO.

www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten
www.seco-cooperation.admin.ch

Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz

Seite 4–15

Ausgaben DEZA/SECO

Seite 17–31

Tabelle 1

Entwicklung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) und der privaten Spenden der NGOs der Schweiz 1960–2011 (Mio. Fr.)

	1960	1970	1980	1990
APD	15.1	130.0	423.1	1041.4
Bund	15.1	126.4	416.7	1025.6
Kantone und Gemeinden ^a	..	3.6	6.4	15.8
Bruttonationaleinkommen (BNE) ^b	37 066	92 570	177 270	326 102
APD in % des BNE	0.04%	0.14%	0.24%	0.32%
APD in % der Ausgaben des Bundes	0.56%	1.63%	2.38%	3.29%
APD in % der öffentlichen Ausgaben ^c	0.23%	0.64%	0.90%	1.20%
Private Spenden der NGOs	..	50.8	106.6	148.6
Private Spenden der NGOs in % des BNE	..	0.05%	0.06%	0.05%

a Schätzung für 2011.

b BNE seit 1995, BSP für die früheren Jahre.

Bis 2008 definitive Zahlen, provisorische für 2009 und 2010 (Bundesamt für Statistik, Sept. 2011).

Für 2011 Schätzung der Eidgenössischen Finanzverwaltung (Januar 2012).

c Ausgaben der öffentlichen Haushalte, bereinigt um Doppelzählungen (BFS/EFV).

	2000	2007	2008	2009	2010 ^r	2011 ^p
APD	1 510.9	2 021.5	2 234.0	2 503.9	2 398.0	2 736.0
Bund	1 488.6	1 982.4	2 191.3	2 460.0	2 350.4	2 684.0
Kantone und Gemeinden ^a	22.3	39.1	42.7	43.9	47.6	52.0
Bruttonationaleinkommen (BNE) ^b	450 327	526 226	508 576	554 993	593 037	601 253
APD in % des BNE	0.34%	0.38%	0.44%	0.45%	0.40%	0.46%
APD in % der Ausgaben des Bundes	3.21%	3.75%	3.95%	4.30%	4.05%	–
APD in % der öffentlichen Ausgaben ^c	1.23%	1.38%	1.49%	1.71%	1.60%	–
Private Spenden der NGOs	272.0	424.7	436.4	380.9	431.6	–
Private Spenden der NGOs in % des BNE	0.06%	0.08%	0.09%	0.07%	0.07%	–

Siehe Zeitreihen:

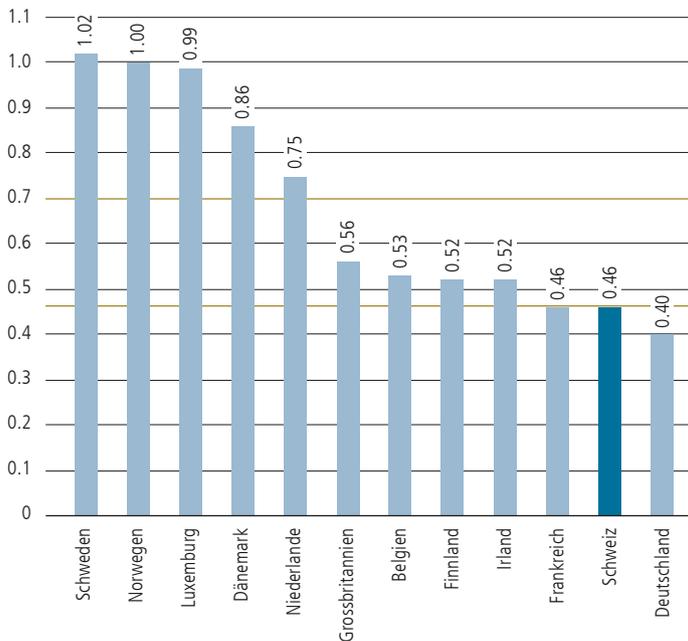
www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten/APD/Entwicklung_der_APD

Nach einem Rückgang im Jahr 2010 ist die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2011 real um 13.2% gestiegen. Dieser Anstieg ist in erster Linie auf die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für DEZA und SECO zurückzuführen. Diese erfolgte im Anschluss an den Entscheid des Parlaments, die APD bis 2015 schrittweise auf 0.5% zu erhöhen. Gestiegene Aufenthaltskosten für Asylsuchende in der Schweiz sowie erhöhte bilaterale Entschuldungsmassnahmen haben ebenfalls zum Anstieg der APD beigetragen.

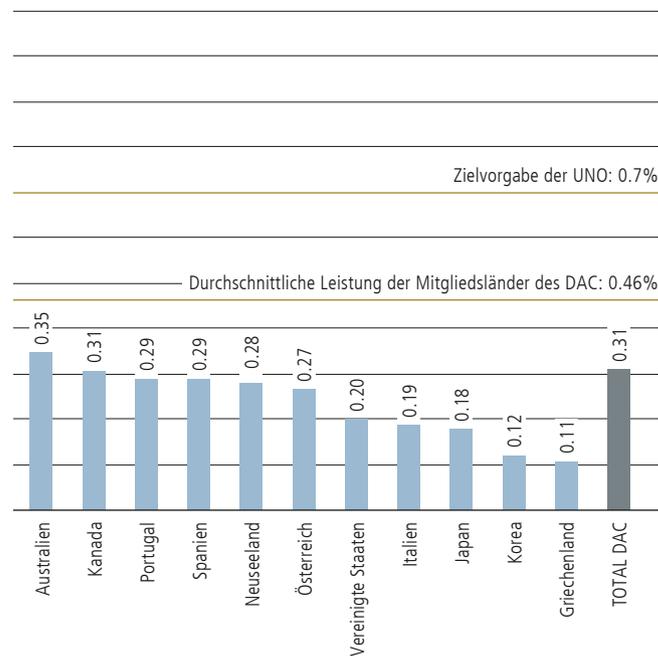
2011 erreichte die APD erstmals einen Anteil von 0.46% am BNE.

Grafik 1

Die Schweiz im internationalen Vergleich 2011 (APD in % des BNE)



Provisorische Zahlen OECD/DAC für alle DAC-Länder vom 4. April 2012.



Gemäss den provisorischen Zahlen des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD ist die APD der 23 Mitgliedstaaten im Jahr 2011 um real 2.7% gesunken und erreichte ein Gesamtvolumen von 133.5 Milliarden US-Dollar. Es handelt sich um den ersten Rückgang in mehr als zehn Jahren. Die durchschnittliche Leistung der DAC-Länder ging von 0.49% im Jahr 2010 auf 0.46% im Jahr 2011 zurück. Fünf Länder haben das 1970 von den Vereinten Nationen festgelegte Ziel von 0.7% übertroffen und vier weitere Länder liegen oberhalb der DAC Durchschnittsrate. Mit einem APD-Anteil von 0.46% des BNE erreicht die Schweiz neu Rang 11 (2010: Rang 12).

Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz

Tabelle 2

Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2010–2011 (Mio. Fr.)

Bund
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)
Humanitäre Hilfe
Entwicklungszusammenarbeit
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)
Entwicklungszusammenarbeit
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS
Entschuldungsmassnahmen (Pariser Klub)
Bundesamt für Migration (BFM)
Rückkehrhilfe
Hilfe an Asylsuchende in der Schweiz
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)
Zivile Friedensförderung und Menschenrechte
Andere Beiträge
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Friedensfördernde Massnahmen und Sicherheit
Ausrüstung zu humanitären Zwecken
Bundesamt für Umwelt (BAFU)
davon: Beiträge an internationale Organisationen
Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF)
davon: Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz
Andere Bundesämter
Kantone und Gemeinden^a
Total
APD in % des Bruttonationaleinkommens (BNE)

a Schätzung für 2011.

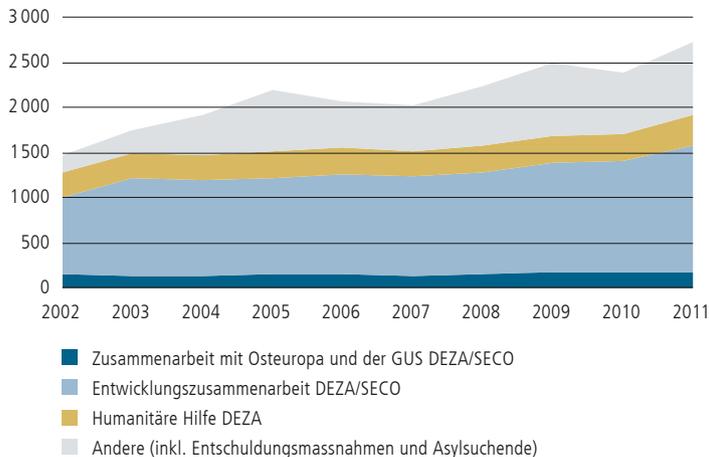
Trotz der zusätzlichen Mittel zugunsten der DEZA und des SECO hat sich deren Anteil an der APD im Jahr 2011 kaum verändert (70%). Die Kosten für die Hilfe an Asylsuchende aus Entwicklungsländern während ihres ersten Aufenthaltsjahres in der Schweiz sind weiter angestiegen (2011: 17% der APD). Die Entschuldungsmassnahmen haben sich gegenüber 2010 verdoppelt.

2011 ^p			2010 ^r		
APD bilateral	APD multilateral	Total APD	APD bilateral	APD multilateral	Total APD
2 064.8	619.3	2 684.0	1 737.8	612.6	2 350.4
1 099.8	539.5	1 639.4	974.2	522.0	1 496.2
301.4	33.3	334.8	278.6	31.7	310.3
693.3	505.6	1 198.9	588.9	490.3	1 079.2
105.1	0.6	105.7	106.6	–	106.6
338.9	4.4	343.3	242.2	4.7	246.9
210.0	4.4	214.4	151.5	4.7	156.2
59.9	–	59.9	59.1	–	59.1
69.0	–	69.0	31.6	–	31.6
489.3	–	489.3	395.5	–	395.5
12.5	–	12.5	14.4	–	14.4
476.8	–	476.8	381.1	–	381.1
75.4	28.5	103.9	66.9	30.8	97.7
62.3	11.8	74.1	60.3	12.9	73.3
13.1	16.7	29.9	6.6	17.8	24.4
41.9	–	41.9	41.3	7.6	48.9
41.9	–	41.9	41.2	7.6	48.8
–	–	–	0.1	–	0.1
6.6	35.5	42.1	6.2	36.0	42.2
6.6	35.5	42.1	6.1	36.0	42.1
7.0	0.5	7.5	6.6	0.6	7.1
7.0	–	7.0	6.6	–	6.6
5.8	10.8	16.6	4.9	11.0	15.9
52.0	–	52.0	47.6	–	47.6
2 116.8	619.3	2 736.0	1 785.4	612.6	2 398.0
		0.46%			0.40%

Nachdem das Verhältnis von bilateraler (75%) und multilateraler (25%) APD über mehrere Jahre stabil geblieben war, hat es sich 2011 zugunsten der bilateralen Beiträge verschoben (77%).

Grafik 2

APD der Schweiz nach Hilfskategorien 2002–2011 (Mio. Fr.)

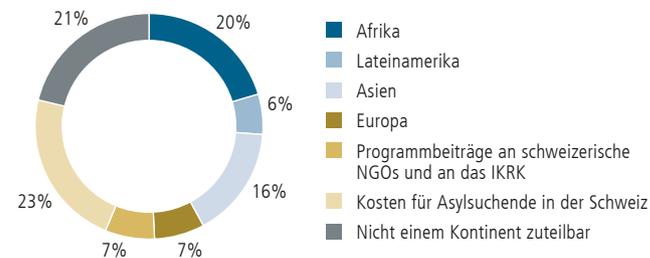


Die ab 2003 eingeführten statistischen Anpassungen (Anrechnung der Entschuldungsmassnahmen und der Ausgaben für Asylsuchende) haben das Wachstum der APD beschleunigt und die Anteile der verschiedenen Hilfskategorien der APD nachhaltig verändert:

- Der Anteil der Entwicklungszusammenarbeit der DEZA und des SECO mit den Ländern des Südens ist von 60% Anfang der 2000er Jahre auf 52% (2011) gesunken.
- Der Anteil der humanitären Hilfe an der APD ist in den letzten zehn Jahren von 18% auf 12% gesunken.
- Der Anteil der Ostzusammenarbeit der DEZA und des SECO ist leicht gesunken und erreicht noch 6%.
- Die Beiträge von anderen Bundesämtern, Kantonen und Gemeinden, die Entschuldungsmassnahmen und die Ausgaben für Asylsuchende machten im Jahr 2011 insgesamt 30% aus (2000: 13%).

Grafik 3

Aufteilung der bilateralen APD nach Kontinenten 2011



Die bilaterale APD der Schweiz ging weiterhin vorwiegend an Länder und Regionen mit geringem Einkommen und konzentrierte sich auf Afrika und Asien (36% der bilateralen APD 2011). In die Entwicklungs- und Transitionsländer in Lateinamerika und Europa flossen zusammen 13% der bilateralen APD.

Die nicht nach Kontinenten aufteilbaren Beiträge umfassen Programmbeiträge der DEZA an schweizerische NGOs und an das IKRK (7%), die Kosten für die Unterstützung von Asylsuchenden (23%) sowie Beiträge an Forschungs- und Ausbildungsinstitute, Mandate für thematische Beratungen sowie die Betriebskosten und Ausgaben für Logistik in der Schweiz (21%).

Tabelle 3

Geografische Aufteilung der bilateralen APD nach Kontinenten und Ländern 2010–2011 (Mio. Fr.)

	2011	2010
Afrika	436.1	356.4
Togo	^a 65.8	1.8
Mosambik	25.5	30.6
Burkina Faso	24.0	29.4
Tansania	23.3	19.9
Mali	20.1	19.3
Somalia	19.8	9.3
Niger	15.8	19.5
Ghana	14.9	14.3
Sudan	14.1	17.7
Burundi	13.3	12.6
Simbabwe	11.8	7.3
Tschad	10.7	15.6
Kongo (D. R.)	10.4	6.8
Liberia	^a 10.2	4.9
Ägypten	10.2	6.6
Tunesien	9.6	1.0
Kenia	8.8	4.8
Benin	8.6	13.8
Äthiopien	7.8	6.5
Südsudan	6.2	–
Elfenbeinküste	6.1	2.7
Südafrika	6.1	7.8
Andere Länder	28.1	^a 65.9
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	64.9	38.3
Lateinamerika	122.6	158.8
Bolivien	23.4	22.5
Peru	16.9	22.3
Nicaragua	16.7	15.6
Kolumbien	14.2	15.4
Haiti	13.9	24.0
Honduras	7.5	6.6
Andere Länder	6.5	22.5
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	23.5	29.9

	2011	2010
Asien	338.7	338.6
Nepal	31.2	29.1
Bangladesch	26.4	22.0
Gaza und Westbank	22.2	22.0
Afghanistan	20.2	18.4
Kirgisistan	19.8	18.4
Laos	19.5	17.1
Vietnam	18.0	26.9
Pakistan	16.6	24.7
Mongolei	13.4	11.8
Tadschikistan	12.4	14.4
Sri Lanka	9.2	10.4
Myanmar	8.9	6.5
Indonesien	8.7	5.2
China	8.7	8.5
Nordkorea	8.4	8.6
Georgien	8.3	6.8
Indien	7.5	10.9
Jemen	6.3	4.3
Libanon	5.8	6.9
Aserbaidshan	5.2	4.1
Andere Länder	26.2	24.1
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	35.7	37.6
Europa	154.6	157.6
Kosovo	51.9	55.2
Bosnien und Herzegowina	23.5	20.1
Serbien	13.3	12.4
Albanien	10.8	14.8
Ukraine	10.1	16.1
Republik Moldau	7.3	9.0
Mazedonien	6.7	10.9
Andere Länder	0.5	1.2
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	30.3	17.8
Nicht einem Kontinent zuteilbar	1064.9	774.1
Total	2116.8	1785.4

^a Inklusive bilaterale Entschuldungsmassnahmen, welche im Rahmen der Vereinbarung des Pariser Klubs ausgehandelt wurden.

Siehe Details: www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten/APD/Bilaterale_APD

Tabelle 4

**Multilaterale APD der Schweiz nach Organisationen
2010–2011 (Mio. Fr.)**

	2011	2010
UNO-Organisationen	174.3	175.8
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)	54.0	54.0
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	20.0	20.0
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA)	14.0	14.0
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	13.0	11.7
UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)	13.0	11.3
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)	7.0	7.1
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ^a	5.5	5.5
Central Emergency Response Fund (CERF)	5.5	5.0
HIV/Aids-Programm der UNO (UNAIDS)	5.0	5.0
Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)	4.0	4.0
Welternährungsprogramm (WFP)	2.5	2.0
UNO-Organisationen, Beiträge teilweise als APD anrechenbar ^b	24.1	26.3
Andere Organisationen der UNO	6.6	10.0
Internationale Finanzierungsinstitutionen	361.1	353.8
Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDF) ^c	52.4	58.1
Internationale Entwicklungsagentur (IDA) ^c	318.1	282.4
Andere Entwicklungsfonds und -banken	11.7	13.3
Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) – Rückzahlung ^d	– 21.2	–
Andere internationale Organisationen	83.9	82.9
Globaler Umweltfonds (GEF)	29.2	29.5
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)	14.0	13.5
Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte Genf (DCAF)	10.0	8.0
Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria	8.0	7.0
Internationales Zentrum für humanitäre Minenräumung Genf (GICHD)	7.3	7.6
Internationale Organisation der Francophonie (OIF)	5.2	5.2
Andere Institutionen	10.3	12.2
Total multilaterale APD	619.3	612.6

a Ohne den allgemeinen Beitrag an die WHO, nur teilweise anrechenbar (siehe Fussnote b).

b Angerechnete Prozentsätze gemäss DAC-Direktiven.

c Inklusive multilateraler Entschuldungsinitiativen (MDRI).

d Ausserordentliche Rückzahlung der IDB aufgrund der Wechselkursentwicklung.

Siehe Details:

www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten/APD/Multilaterale_APD

Die multilaterale APD umfasst die allgemeinen Beiträge der DEZA sowie Beiträge anderer Bundesämter an internationale Entwicklungsinstitutionen.

Die Beiträge an internationale Nichtregierungsorganisationen (einschliesslich IKRK) zählen zur bilateralen APD.

Im Jahr 2011 hat sich die multilaterale APD wie in den letzten Jahren auf die internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFI) konzentriert (58%). 28% der multilateralen APD flossen an die Organisationen der Vereinten Nationen und 14% an andere internationale Institutionen. 2011 erhielt die Schweiz von der IDB ausserordentliche Rückzahlungen in der Höhe von 21 Mio. Fr. aus der Umwandlung früherer Beiträge (in Schweizerfranken) in USD.

Gemäss den internationalen Richtlinien werden bei den IFIs die hinterlegten Schuldverschreibungen und nicht die effektiven Auszahlungen als APD erfasst. Dies erklärt sowohl die jährlichen Schwankungen als auch die Differenzen zur Staatsrechnung.

$4=8$ — $8+2$



bonjour
je m'appelle Jaifathi

Ausgaben
DEZA/SECO

Tabelle 5

Überblick Ausgaben DEZA und SECO 2007 – 2011 (Mio. Fr.)

Gesamtausgaben DEZA^a	
Humanitäre Hilfe	
Entwicklungszusammenarbeit	
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	
EU-Erweiterungsbeitrag	
Gesamtausgaben SECO	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung^b	
Entwicklungszusammenarbeit	
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	
EU-Erweiterungsbeitrag	

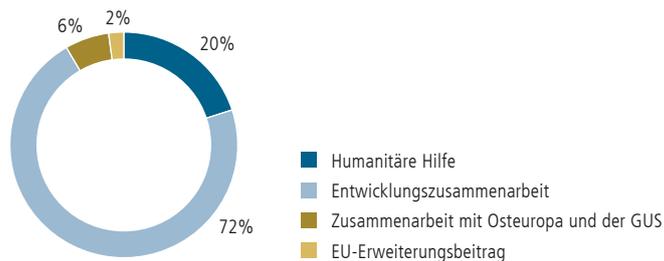
	2007	2008	2009	2010	2011
1343.1	1397.6	1452.9	1507.0	1681.8	
287.1	302.9	303.7	314.9	336.1	
959.3	990.0	1038.5	1066.9	1204.4	
96.5	102.6	102.8	106.7	105.4	
0.2	2.1	7.9	18.5	35.9	
202.6	214.7	273.4	238.4	268.4	
149.9	153.1	159.8	161.2	194.6	
52.4	59.2	57.8	59.6	60.0	
0.3	2.4	55.8	17.6	13.8	

a Exkl. ausserordentliche Rückzahlung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB).

b Exkl. Reinvestitionen SIFEM (Swiss Investment Fund for Emerging Markets).

Grafik 4.1

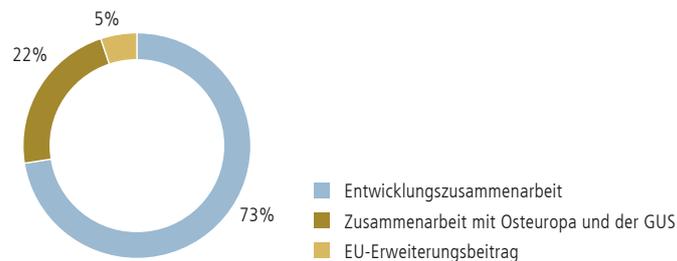
Ausgaben DEZA 2011: 1681.8 Mio. Fr.



Die obenstehende Tabelle und die Grafik stellen die Resultate für die DEZA gemäss Staatsrechnung dar.

Grafik 4.2

Ausgaben SECO 2011: 268.4 Mio. Fr.



Die obenstehende Tabelle und die Grafik stellen die Resultate für das SECO gemäss Staatsrechnung dar.

Tabelle 6

DEZA – Entwicklungszusammenarbeit nach Schwerpunktländern und -regionen 2010–2011 (Mio. Fr.)

	2011	2010
Schwerpunktländer und -regionen	269.6	234.1
Vietnam/Mekong	35.2	26.2
Nicaragua/Zentralamerika	33.2	25.0
Nepal	29.7	25.7
Bangladesch	24.7	18.2
Bolivien	22.3	17.8
Tansania	20.9	14.6
Mosambik	19.7	19.9
Mali	18.1	14.7
Burkina Faso	14.4	13.8
Niger	13.9	13.2
Pakistan	9.2	11.2
Benin	8.5	11.5
Peru	8.4	10.4
Tschad	8.2	10.2
Bhutan	3.1	1.5
Sonderprogramme	81.8	67.0
Südafrika/Südliches Afrika	24.5	18.9
Ruanda/Grosse Seen	21.0	12.9
Afghanistan/Hindukusch	17.0	14.7
Mongolei	13.3	11.7
Kuba	3.2	5.2
Nordkorea	2.8	3.7
Andere Aktivitäten	352.8	288.1
Nordafrika und Naher und Mittlerer Osten ^a	29.7	14.5
Andere Länder und Regionen ^b	74.4	50.3
Programmbeiträge an NGOs	68.6	64.8
Thematische Mandate und Betriebskosten	180.2	158.5
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	704.2	589.3
Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	500.1	477.6
Total	1 204.4	1 066.9

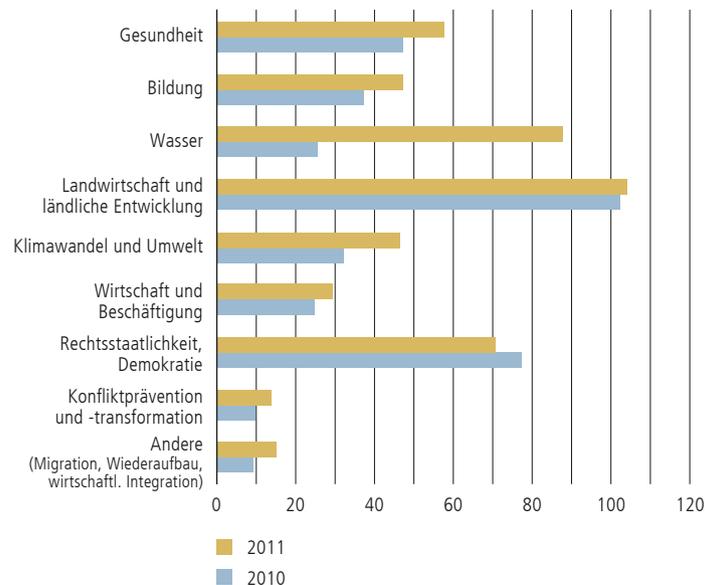
a Exklusiv allgemeine Beiträge von 3.0 Mio. Fr. im Jahr 2011 (1.3 Mio. Fr. 2010) an das UNRWA, welche unter «multilaterale Entwicklungszusammenarbeit» erfasst sind.

Davon gehen an: Gaza und Westbank 1.6 Mio. Fr. (0.7 Mio. Fr.); Jordanien, Libanon und Syrien 1.4 Mio. Fr. (0.6 Mio. Fr.).

b Einschliesslich Indien, welches ab 2011 kein Schwerpunktländ mehr ist.

Grafik 5

**Bilaterale Ausgaben der DEZA
Entwicklungszusammenarbeit nach Themen 2010–2011 (Mio. Fr.)**



Siehe detaillierte Informationen:
www.deza.admin.ch/de/Home/Themen

Diese Grafik veranschaulicht die Zuweisung der Ressourcen zu den 11 Themenbereichen, auf welche die DEZA ihre bilateralen Entwicklungsaktivitäten im Jahr 2011 konzentriert hat.

Im Rahmen der schrittweisen Erhöhung der APD auf 0.5% des BNE haben die Bereiche Wasser und Klimawandel 2011 von zusätzlichen Mitteln profitiert.

Tabelle 7

SECO – Entwicklungszusammenarbeit nach Schwerpunktländern und -programmen 2010–2011 (Mio. Fr.)

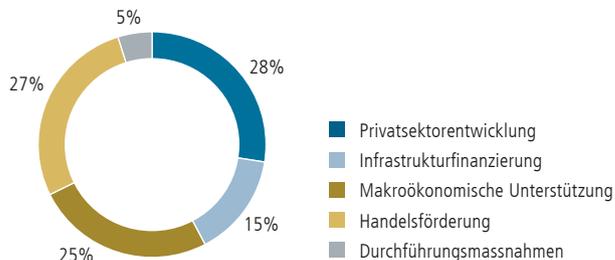
	2011	2010
Schwerpunktländer und -programme	55.5	56.8
Ghana	14.3	13.8
Vietnam	10.7	18.2
Indonesien	10.4	5.6
Peru	7.5	8.4
Ägypten	6.3	5.5
Kolumbien	4.0	2.6
Südafrika	2.3	2.7
Andere Massnahmen	139.1	104.4
Global-/Regionalprogramme und andere Länder, verschiedene Beiträge ^a	131.9	98.1
Betriebskosten geografisch nicht zuteilbar	7.2	6.3
Total	194.6	161.2

a Bedeutende Programme wurden zur Ergänzung der DEZA-Tätigkeit in Burkina Faso und Mosambik durchgeführt.

Siehe detaillierte Informationen pro Land: www.seco-cooperation.admin.ch/laender

Grafik 6

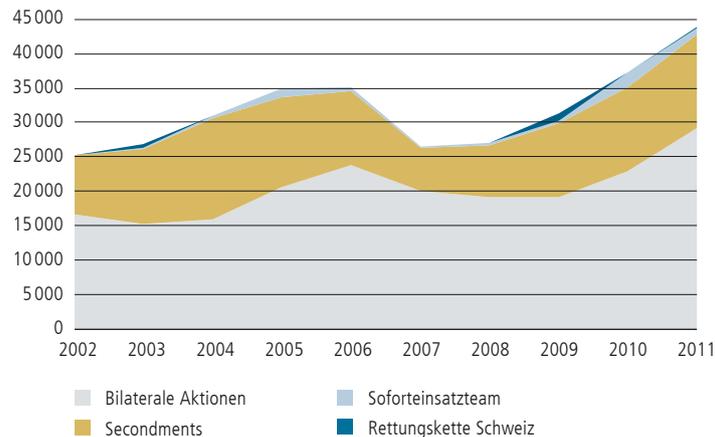
SECO – Entwicklungszusammenarbeit nach Instrumenten 2011



Siehe detaillierte Informationen: www.seco-cooperation.admin.ch/themen

Grafik 7

Humanitäre Hilfe/Schweizerisches Korps für Humanitäre Hilfe (SKH): Einsatztage im Ausland 2002–2011



Grafik 8

Humanitäre Hilfe nach Aufgabenfeldern 2009–2011

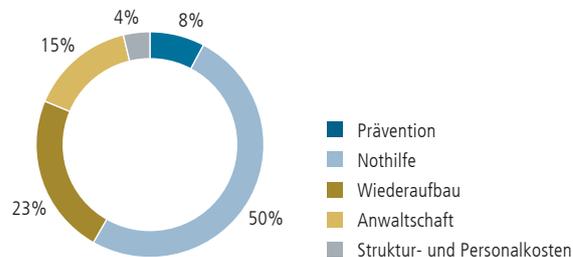


Tabelle 8

**DEZA – Humanitäre Hilfe nach Ländern und Einsatzregionen
2010–2011 (Mio. Fr.)**

	2011	2010
Afrika	101.6	72.5
Somalia	18.7	8.2
Sudan	10.4	12.3
Kenia	8.3	3.4
Äthiopien	7.7	4.0
Simbabwe	6.2	6.4
Elfenbeinküste	5.6	1.2
Kongo (D. R.)	5.2	3.5
Liberia	4.9	3.4
Südsudan	4.3	–
Libyen	4.1	0.2
Marokko	3.5	2.5
Burundi	2.8	3.9
Tschad	2.1	3.6
Algerien	2.1	1.0
Zentralafrikanische Rep.	1.9	1.0
Burkina Faso	1.6	3.7
Niger	1.3	4.5
Guinea	1.2	1.1
Mali	1.1	1.6
Kapverden	1.1	0.7
Andere Länder	5.6	4.5
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	1.9	1.8
Lateinamerika	22.0	28.1
Kolumbien	8.2	7.0
Haiti	8.0	14.8
Honduras	1.1	0.2
Bolivien	1.0	1.4
Andere Länder	2.9	4.1
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	0.8	0.7

	2011	2010
Asien	71.1	71.1
Sri Lanka	7.9	7.8
Pakistan	7.3	11.0
Gaza und Westbank ^a	7.3	7.4
Myanmar	5.8	5.3
Nordkorea	5.6	5.0
Jemen	5.5	4.3
Georgien	4.9	3.2
Jordanien ^a	4.2	3.6
Afghanistan	3.5	3.1
Libanon ^a	3.5	5.4
Irak	3.4	3.6
Syrien ^a	2.8	2.0
Thailand	1.7	1.8
Bangladesch	1.7	1.6
Andere Länder	4.1	4.8
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	1.9	1.2
Europa	0.8	5.8
Andere Aktivitäten, nicht geografisch zuteilbar	140.6	137.4
Allgemeiner Beitrag an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	70.0	70.0
Beiträge an internationale Organisationen	33.5	31.9
Programmbeiträge an NGOs	5.9	6.0
Verschiedene Beiträge und Administrativkosten	26.4	24.5
Strukturpersonal	4.8	5.0
Total	336.1	314.9

a Exklusiv allgemeine Beiträge von 10 Mio. Fr. pro Jahr an das UNRWA, welche unter «Beiträge an internationale Organisation» erfasst sind. Davon gehen an: Gaza und Westbank 5.3 Mio. Fr., Jordanien 2.2 Mio. Fr., Libanon 1.4 Mio. Fr. und Syrien 1.1 Mio. Fr.

Tabelle 9

Partner der Humanitären Hilfe 2011 (Mio. Fr.)

UNO-Organisationen
Welternährungsprogramm (WFP)
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)
UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)
Andere UNO-Organisationen
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
Bilaterale Einsätze und Administrativkosten
Schweizer NGOs
Internationale Organisationen und ausländische NGOs
Direkte Aktionen des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe (SKH) und der Rettungskette
Betriebs-, Personal- und Materialkosten
Total Humanitäre Hilfe 2011
Total Humanitäre Hilfe 2010

a 19.5 Mio. Fr. für schweizerische Milchprodukte und 13.6 Mio. Fr. für Getreide.

Allgemeine Barbeiträge	Ausserordentliche Barbeiträge	Nahrungs- mittelhilfe	Total
33.0	60.6	24.8	118.4
2.5	15.6	23.9	42.0
13.0	15.5	–	28.5
10.0	4.7	–	14.7
7.0	6.7	–	13.7
–	4.2	–	4.2
0.5	13.9	0.9	15.3
70.0	41.5	–	111.5
0.5	97.4	8.3	106.2
–	16.7	6.1	22.9
0.5	20.6	0.4	21.4
–	23.2	1.8	24.9
–	36.9	0.1	37.0
103.5	199.5	^a33.1	336.1
101.9	179.1	34.0	314.9

Siehe Details:

www.deza.admin.ch/de/Home/Aktivitaeten/Humanitaere_Hilfe/Partner

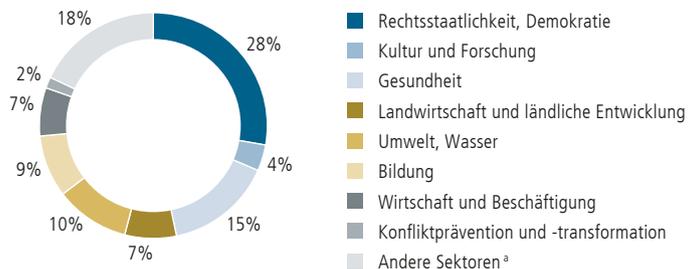
Tabelle 10

DEZA – Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS nach Schwerpunktländern und -regionen 2010–2011 (Mio. Fr.)

	2011	2010
Schwerpunktländer und -regionen	73.4	73.7
Zentralasien	25.0	22.9
Kosovo	10.2	10.8
Südkaucasus	9.0	8.8
Bosnien und Herzegowina	8.5	10.1
Serbien	8.0	7.6
Albanien	7.3	8.0
Ukraine	5.4	5.5
Spezialprogramme der DEZA	13.2	14.0
Republik Moldau	7.3	7.7
Mazedonien	6.0	6.3
Andere Aktivitäten	18.8	19.0
Andere Länder und Regionen	8.1	8.8
Programmbeiträge an NGOs	4.0	4.0
Beitrag an IDEA	0.6	–
Betriebskosten nicht nach Ländern zuteilbar	6.1	6.2
Total	105.4	106.7

Grafik 9

DEZA – Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS nach Sektoren 2011



a Beinhaltet Migration, Wiederaufbau, multisektorielle Kosten und Betriebskosten.

Tabelle 11

SECO – Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS nach Schwerpunktländern und -regionen 2010–2011 (Mio. Fr.)

	2011	2010
Schwerpunktländer und -programme	39.5	42.5
Kirgisistan	10.2	7.8
Bosnien und Herzegowina	8.3	2.7
Serbien	4.7	2.7
Ukraine	4.4	9.6
Albanien	3.3	5.8
Tadschikistan	3.3	5.1
Aserbaidschan	3.2	1.1
Kosovo	1.6	3.4
Mazedonien	0.4	4.3
Verschiedenes	20.5	17.0
Regionalprogramme und andere Länder	16.3	11.7
Betriebskosten geografisch nicht zuteilbar	4.2	5.4
Total	60.0	59.6

Siehe detaillierte Informationen pro Land:
www.seco-cooperation.admin.ch/laender

Grafik 10

SECO – Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS nach Instrumenten 2011

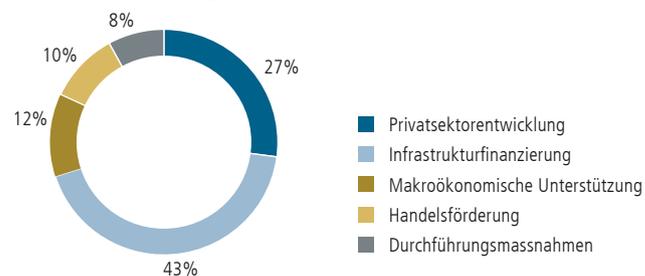


Tabelle 12

Partner der DEZA für bilaterale Aktivitäten 2011 (Mio. Fr.)

Schweizer NGOs	
davon:	
Helvetas	
Intercooperation	
Swisscontact	
Schweizerisches Rotes Kreuz	
Caritas Schweiz	
Terre des Hommes, Lausanne	
Swissaid	
Solidar suisse	
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)	
Brot für alle (BFA)	
Fédération genevoise de coopération (FGC)	
Fastenopfer	
Stiftung Kinderdorf Pestalozzi (SKP)	
Interteam	
SolidarMed	
Ärzte ohne Grenzen (MSF)	
Enfants du Monde	
Schweizerische Universitäts- und Forschungsinstitutionen	
Privater Sektor der Schweiz	
Öffentlicher Sektor der Schweiz	
UNO-Organisationen, multi-bilaterale Aktionen	
Internationale Finanzierungsinstitutionen, multi-bilaterale Aktionen	
Andere ausländische und internationale Organisationen	
davon: Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	
Organisationen des Südens und des Ostens	
Total der Partner	
Direkte Aktionen, Betriebskosten	
Total 2011	
Total 2010	

a Beiträge an NGOs für Entwicklungs- und Nothilfeprogramme in Süd- und Ostländern.
b Exkl. EU-Erweiterungsbeitrag der DEZA (35.9 Mio Fr. im Jahr 2011).

NGO Progr.- Beiträge ^a	Beiträge und spezifische Mandate			Total ^b
	Humanitäre Hilfe	Entwicklungs- zusammen- arbeit	Ost- zusammen- arbeit	
78.5	17.0	99.0	18.1	212.6
10.7	–	26.1	2.5	39.3
–	0.1	24.3	2.4	26.8
4.5	–	11.3	2.1	17.8
4.1	3.7	–	2.5	10.4
5.8	4.2	–	0.1	10.1
6.5	0.5	1.4	0.2	8.6
5.8	–	–	–	5.8
3.1	0.5	2.2	–	5.8
4.7	0.1	–	0.5	5.3
5.3	–	–	–	5.3
4.2	–	–	–	4.2
3.7	–	–	–	3.7
2.7	–	–	–	2.7
2.5	–	–	–	2.5
1.2	0.6	0.6	–	2.5
1.8	0.6	–	–	2.4
1.4	–	0.7	–	2.1
–	0.4	34.0	7.8	42.1
–	1.6	25.8	2.9	30.4
–	0.3	6.6	0.3	7.2
–	85.4	52.1	5.5	143.1
–	0.6	48.4	5.4	54.4
–	126.5	72.0	14.5	213.0
–	111.5	–	0.5	112.0
–	5.4	153.2	27.0	185.6
78.5	237.1	491.2	81.5	888.3
–	59.6	144.5	19.3	223.4
78.5	296.7	635.7	100.8	1111.7
74.8	277.1	524.5	102.7	979.0

Siehe detaillierte Tabelle:

www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Zahlen_und_Fakten/Ausgaben_der_DEZA/Partner

Impressum

Herausgeber:

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Freiburgstrasse 130

3003 Bern

Telefon +41 31 322 44 12

www.deza.admin.ch

info@deza.admin.ch

Eidg. Volkswirtschaftsdepartement EVD

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Holzikofenweg 36

3003 Bern

Telefon +41 31 324 09 10

www.seco-cooperation.admin.ch

info@seco-cooperation.ch

Redaktion/Koordination/Statistik:

Direktionsstab DEZA

SECO Kooperation

Grafik/Konzept:

Bruno Caderas, Zürich

www.caderas.ch

Fotos:

Titelseite Antonio Bolfo/Getty Images

Seiten 16/17 UNICEF

Druckerei:

Werner Druck AG

4001 Basel

Die Statistiken zum Jahresbericht sind in Deutsch,

Französisch, Englisch und Italienisch erhältlich.

Weitere Exemplare können bestellt werden bei

info@deza.admin.ch oder über

Telefon +41 31 322 44 12

Bern 2012